

40. Sitzung

am Dienstag, dem 12. November 2002

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1867
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1867

Fragestunde

- 1. Freie Sitzplätze in Straßenbahnen und Bussen für Schwangere, Behinderte und ältere Menschen**
Anfrage der Abgeordneten Steinberg, Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Oktober 2002 1867
- 2. Ryanair ab Bremen?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 28. Oktober 2002 1868
- 3. Wohnungsbedarf für schwer vermittelbare Mietergruppen**
Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 30. Oktober 2002 1871
- 4. Erhalt der Skater-Anlage am Vegesacker Hafen**
Anfrage der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. November 2002 1873
- 5. Taktzeiten im neuen Winterfahrplan**
Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. November 2002 1875
- 6. Warenpräsentationen vor Geschäften**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 5. November 2002 1877

7. Öffentliche Verkehrsmittel in Sebaldsbrück-Ost

Anfrage der Abgeordneten Hoffhene, Eckhoff und Fraktion der CDU

vom 5. November 2002 1878

Aktuelle Stunde 1878

Veränderung der Angebotsstruktur in den Kindertagesheimen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 4. September 2002

(Drucksache 15/615 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2002

(Drucksache 15/633 S)

Abg. Frau Striezel (CDU) 1878

Abg. Pietrzok (SPD) 1880

Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1883

Abg. Frau Striezel (CDU) 1885

Senatorin Röpke 1887

Bebauungsplan 2266 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland

für einen Teil des Vorfluters nördlich des Güterverkehrszentrums

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002

(Drucksache 15/635 S) 1890

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 51

vom 29. Oktober 2002

(Drucksache 15/636 S) 1890

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Absolon, Frau Haker, Imhoff, Kastendiek, Neumeyer, Frau Ziegert.

Vizepräsident Ravens

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführer Schildt

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 40. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Folgende Gruppe ist anwesend: eine Besuchergruppe des Stadtbezirksverbandes Hemelingen der CDU.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Zehntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 5. November 2002
(Drucksache 15/637 S)
2. Planungen zur „Horner Spange“ offen legen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2002
(Drucksache 15/638 S)
3. Ortsgesetz über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Waller Heerstraße“
Mitteilung des Senats vom 12. November 2002
(Drucksache 15/639 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Entwicklung und Bedeutung des Taxi-Verkehrs für den Personenverkehr
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 24. September 2002
2. Busbahnhof für Fernreisebusse am Breitenweg
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 6. November 2002
3. Entwicklung des Einzelhandels in Vegesack
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. November 2002

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, Tagesordnungspunkt drei, Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit, und Tagesordnungspunkt fünf, Bürgernahe Verwaltung voranbringen, auszusetzen.

Meine Damen und Herren, wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Gisela Schwarz zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, Erfolg und Gesundheit dazu.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf **freie Sitzplätze in Straßenbahnen und Bussen für Schwangere, Behinderte und ältere Menschen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Steinberg, Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Steinberg** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit kann sich der Senat dafür einsetzen, dass künftig auch in Bremen in den Straßenbahnen und Bussen automatische Durchsagen praktiziert werden mit dem Ziel, dass bei einer Vollbesetzung dieser Fahrzeuge Schwangere, Behinderte und ältere Menschen schneller und besser einen Sitzplatz einnehmen können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

In den Fahrzeugen der BSAG besteht technisch die Möglichkeit für eine Ansage im Fahrzeug. Eine regelmäßige automatische Ansage wird jedoch nicht für ratsam gehalten, weil in der weit überwiegenden Zahl der Ansagen für die Fahrgäste keine nachvollziehbare, die Ansage rechtfertigende Situation im Fahrzeug besteht. Dadurch würde der Zweck der Ansage verfehlt.

Wenn die Fahrerinnen und Fahrer auf einen Platzmangel für den beschriebenen Personenkreis aufmerksam werden oder durch einen Fahrgast aufmerksam gemacht werden, besteht selbstverständlich die Möglichkeit einer direkten Durchsage. Von dieser Möglichkeit soll verstärkt Gebrauch gemacht werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Steinberg** (CDU): Frau Senatorin, zunächst eine kurze Anmerkung! Dieses Thema soll nach meiner Meinung sachlich, sensibel, aber konstruktiv diskutiert und schließlich gelöst werden. Emotionale Äußerungen, egal in welcher Form, helfen dabei wenig weiter. Ich frage Sie daher: Ist Ihnen bekannt, dass in anderen Städten Busse und Bahnen so umgerüstet sind, dass mittels Tonbanddurchsagen diesem Problem zum Wohl aller Fahrgäste begegnet wurde? Diese Fahrgastinformation erfolgt bei notwendigem Bedarf vor einer jeweiligen Weiterfahrt mit kurzem Knopfdruck durch den Fahrzeugführer. Im Verkehr selbst ist der Fahrer oder die Fahrerin somit keine Sekunde abgelenkt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe eben Ihre Frage nicht genau verstanden, Herr Abgeordneter. Ich denke, die Antwort des Senats lautet dahingehend, dass technisch die Straßenbahnen und Busse ausgerüstet sind und dass wir davon ausgehen, dass in dem von Ihnen angesprochenen sensiblen Sinn die Fahrerinnen und Fahrer, wenn sie feststellen, dass der Wagen so voll ist und ältere Menschen oder Behinderte oder andere stehen, dass sie dann von sich aus von dieser technischen Möglichkeit Gebrauch machen und die Fahrgäste im Übrigen bitten, für diesen Personenkreis Platz zu machen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Steinberg** (CDU): Frau Senatorin, wie ich aus Presseberichten der letzten Tage entnehmen konnte, kennt die BSAG dieses Problem seit mehreren Jahren. Ich frage Sie: Können Sie uns erklären, warum im Gegensatz zu anderen Städten bisher in Bremen keine sinnvolle Abhilfe geschaffen wurde?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein, das kann ich Ihnen für die BSAG nicht erklären. Ich denke, ich kann nur noch einmal wiederholen, technisch sind die Wagen dafür ausgerüstet, und wir werden unsererseits, auch das habe ich vorgetragen, die BSAG bitten, von dieser Möglichkeit dann auch Gebrauch zu machen und die Fahrgäste zu bitten, Rücksicht auf andere zu nehmen, die es nötig haben. Im Übrigen, denke ich, ist das nur eine Form. Es ist, glaube ich, ein Appell an alle, etwas aufmerksamer zu schauen, wenn man sieht, dass jemand steht, der schlechter stehen kann als man selbst. Dann soll man eben aufstehen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Steinberg [CDU]: Danke schön!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Ryanair ab Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat Kenntnis davon, dass die Fluggesellschaft Ryanair beabsichtigt haben soll, vom Flughafen Bremen aus zu operieren und für die geplanten Flugverbindungen mindestens 150.000 Passagiere im Jahr zu akquirieren, dieses Angebot jedoch von der Bremer Flughafen GmbH zurückgewiesen worden sein soll?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat diese Sachverhalte?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Ryanair und/oder andere Anbieter des Niedrigpreissegments an den Standort Bremen zu holen und zu binden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Dem Senat ist bekannt, dass die Geschäftsführung der Flughafen Bremen GmbH über einen Zeitraum von mehreren Jahren Gespräche mit Vertretern der Fluggesellschaft Ryanair ge-

führt hat. Gegenstand dieser Gespräch war im Wesentlichen die Höhe der von der Fluggesellschaft zu entrichtenden Flughafenentgelte. Die Zahl der von Ryanair zu akquirierenden Fluggäste in Höhe von 150.000 ist weder der Geschäftsführung der Flughafen Bremen GmbH noch dem Senat bekannt. Die Gespräche wurden abgebrochen, nachdem Ryanair nicht bereit war, auch nur kostendeckende Mindestentgelte zu bezahlen.

Zu zwei: Der Senat hält es für angemessen, dass die Nutzer des Flughafens Bremen mit den daraus resultierenden Kosten belastet werden. Dies wurde und wird auch von den übrigen Nutzern des Flughafens Bremen akzeptiert. Die EU-Liberalisierungsrichtlinie, der auch das deutsche Recht folgt, schreibt im Übrigen vor, dass die Flughafenentgelte kostenbezogen, transparent und nicht diskriminierend zu sein haben. Diesem Prinzip folgt sowohl die Flughafen Bremen GmbH als auch der für die Genehmigung der Landeentgelte zuständige Senator für Wirtschaft und Häfen. Eine Subventionierung der Fluggesellschaft durch übermäßige Rabattierung der Flughafenentgelte zugunsten einer einzelnen Luftverkehrsgesellschaft würde in der Folge auch Ansprüche der übrigen Flughafenutzer auslösen und im Ergebnis die wirtschaftliche Basis dieser unverzichtbaren Infrastruktureinrichtung gefährden oder öffentliche Zuschüsse erfordern.

Zu drei: Die Flughafen Bremen GmbH hält auch in Zukunft Kontakt zu der Fluggesellschaft Ryanair wie zu den weiteren Luftverkehrsunternehmen, die bereit und in der Lage sind, bedeutsame Luftverkehrsverbindungen von und nach Bremen anzubieten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Ja, bitte, Herr Präsident, und ich bitte Sie auch, mir eine Vorbemerkung zu gestatten, weil ich nämlich vermeiden möchte, dass wir hier von vornherein in falsches Fahrwasser geraten beziehungsweise ich missverstanden werde. Es geht mir nicht darum, dass Sonderkonditionen eingeräumt werden oder gar Subventionen gewährt werden. Darum ging es mir in dieser Fragestellung nicht, sondern es ging mir um Aufklärung und Information, und ich will hinzufügen, dass es mir natürlich und selbstverständlich auch besonders wichtig ist, dass die Belange und die Fragen des Lärmschutzes selbstverständlich gewahrt bleiben.

Daran anschließend möchte ich trotzdem eine Frage stellen: Herr Senator, wie können Sie mir dann die Frage beantworten, dass es offensichtlich bisher nicht möglich war, möglicherweise auch andere so genannte Billigflieger, die die

normalen Gebühren an anderen Flughäfen bezahlen, für Bremen zu akquirieren? Ich will ein Beispiel nennen, ich denke dabei zum Beispiel an Hapag-Lloyd, die mit ihrer neuen Gesellschaft, Hapag-Lloyd Express zum Beispiel von Hamburg aus in Richtung Köln-Bonn fliegen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Frau Abgeordnete, ich bin Ihnen für die Fragen sehr dankbar, auch dafür, dass Sie das Thema hier im Rahmen einer Fragestunde ansprechen, und ich bitte den Präsidenten um Nachsicht, wenn ich etwas weiter aushole, um zunächst diese Frage zu beantworten.

Hapag-Lloyd gilt als renommierte Fluggesellschaft, geht jetzt mit einer Veränderung in das Billigsegment und geht von Hannover nach Köln-Wahn. Das hat vornehmlich etwas mit den Kosten zu tun. Dabei hat Köln-Wahn auch noch keine Rechnung vorgelegt, sondern es wird nur allgemein darüber geredet, dass Köln-Wahn in der Lage sei, solche Dinge zu tun, wobei das In-der-Lage-zu-Sein nicht betriebswirtschaftlich fundiert ist, soweit meine Sachkenntnisse ausreichen, das zu beurteilen ausreichen, sondern möglicherweise eine politische Überlegung dahinter steht, nämlich in Nordrhein-Westfalen mit einem Einzugsgebiet von etwa 20 Millionen Menschen einen Flughafen, sagen wir, normaler Art in Düsseldorf zu praktizieren und einen anderen, der offensichtlich unter erheblichen Problemen steht, als Low-cost-Carrier, als Low-cost-Flughafen anzudienen. Das sind aber Vermutungen, für die ich nicht die Eideshand hochheben kann. Aber immerhin, irgendein Sinn muss ja dahinter stehen.

Was machen wir eigentlich in Bremen? In Bremen haben wir eine Investition von 400 Millionen DM für diesen Flughafen, und diese Investition trägt sich selbst. Das heißt, der Kapaldienst in Höhe von 14 Prozent wird von der Flughafengesellschaft getragen. Es gibt keine Haushaltsposition, in der der Flughafen erwähnt wird. Da könnte ich andere bremische Gesellschaften erwähnen, ich will das aber nicht tun, weil ich mich auf dieses Thema konzentriert halten möchte.

Andere deutsche Flughäfen zahlen etwa sechs Prozent an Kapaldienst. Das ist auch keine Frage, ob die in Bremen nicht rechnen können, sondern es ist eine Frage, dass man dort unterstützt wird. Im Übrigen noch ein betriebswirtschaftlicher Hinweis, und daran könnten wir ja die Frage der Low cost aufhängen, wenn wir das wollen: Es sind praktisch die Fixkosten gleich Grenzkosten, anders ausgedrückt, ich kann, wenn ich den laufenden Aufwand decke und darüber hinaus einen leichten Preiszuwachs erziele, keinen Deckungs-

beitrag für die übrigen Fixkosten erreichen, weil, ich wiederhole mich, die Fixkosten gleich den Grenzkosten sind. Das Ganze macht betriebswirtschaftlich keinen Sinn.

Die nächste Frage, die dahinter steht: Könnten wir den Flughafen subventionieren und sagen, in Ordnung, wir geben dir aus dem Tourismus Geld, damit wir diese vielen Touristen nach Bremen holen? Lassen Sie mich zu Ryanair einen Satz sagen: BA, British Airways fliegt nach London und zurück etwa 80.000 Passagiere. Die dient uns Ryanair auch an, aber zu den halben Kosten.

Nächster Punkt, wenn wir das einmal machen, dann gibt es eine Wertausgleichklausel, das heißt, wir müssten das Hapag-Lloyd und der Lufthansa auch andienen. Wenn ich also beides zusammenfasse, strukturpolitische Überlegungen und betriebswirtschaftliche, dann macht es, so Leid es mir tut, keinen Sinn, mit Billigfliegern dieser Art zu verhandeln. Noch einen Satz: Es gibt nur drei Flughäfen, die es wirklich tun, Lübeck, Friedrichshafen und Salzburg. Salzburg scheidet aus, weil es ganz andere Bedingungen hat, und Friedrichshafen und Lübeck sind Flughäfen zweiter Klasse. Das meine ich nicht abwertend, sondern feststellend.

Zusammengefasst, ich sehe keine Möglichkeit, verehrte Frau Abgeordnete, so gern ich Fluggäste in Bremen sehe und vor allen Dingen auch als Touristen, auf diesem Weg weiterzukommen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Dennoch, trotz dieser wirklich erschöpfenden Antwort und auch ausführlichen Antwort: Nach meinen Informationen ist es so, dass inzwischen auch andere Flughäfen angefliegen werden von diesen so genannten Billiganbietern, nicht nur diejenigen, die Sie genannt haben. Das, was Sie genannt haben, für 89 Euro meinetwegen nach London oder sonst wohin, das sind dann immer Angebote, die nur Sonderangebote sind, und man muss sich langfristig darauf einstellen. Das können nicht immer alle, und es geht mir auch um diejenigen Bremerinnen und Bremer und auch die Einwohner der Nordwestregion, und das sind nicht wenige, ich schätze auch einmal, 2,5 bis drei Millionen Einwohner kommen da zusammen, denen man nach meinem Dafürhalten auch die Möglichkeit bieten müsste, von den für sie positiven Veränderungen im Luftverkehr zu profitieren. Ich hoffe oder ich denke, Sie teilen meine Meinung.

Sind Sie denn auch der Ansicht, dass daraus ein Wettbewerbsvorteil entstehen könnte und das auch den Standort stärken könnte? Natürlich, das

habe ich auch ganz deutlich gesagt, keine Subventionierung aus öffentlichen Geldern oder gar Wettbewerbsnachteile, sondern ich möchte Wettbewerbsvorteile verschaffen! Teilen Sie diese Ansicht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Bevor ich jetzt tief zurückgreifende Ausführungen zum Thema „billig“ mache - -.

(Abg. Kleen [SPD]: Das ist aber hochinteressant!)

Ja, ja, meine Damen und Herren, das Thema hat nun auch einmal wettbewerblich-betriebswirtschaftliche Aspekte. Alle die, die die Preise senken, stellen am nächsten Morgen fest, dass andere es noch besser können. Das ist die erste Feststellung. Ich mache es ja kurz, ich könnte dazu eine Menge ausführen! Die zweite Feststellung, in dem sind wir uns völlig einig, so viele Menschen nach Bremen zu holen, um daraus einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil zu erreichen. Ich halte das aber aus den genannten Gründen für - ich drücke es jetzt sehr zurückhaltend aus - problematisch.

Wenn Sie sich Hahn ansehen, das ist der einzige Flughafen, in dem es im Moment noch wirklich funktioniert, denn die anderen drängen auch in dieses Geschäft, dann muss man auch da wieder die regionalwirtschaftliche Strukturierung zwischen Frankfurt und Hahn sehen. Sonst gibt es viel Gerede, aber noch keine konkreten Absprachen. Köln-Wahn habe ich angedeutet, ist möglicherweise ein Fall sui generis, jedenfalls betriebswirtschaftlich, aber in einem sind wir völlig übereinstimmend: Wir müssen alles tun, damit wir den Flughafen in Bremen, ohne ihn zu subventionieren, zu einer Drehscheibe für alle Arten des Wettbewerbsspiels machen. Da sind wir einer Meinung. Nur, aus den von mir genannten Gründen ist das gegenwärtig ein Geschäft, das eher nach hinten als nach vorn losgeht, aber sobald es nach vorn möglich ist, bin ich der Erste, der laut „hier“ ruft.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Gut, danke!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Nein, nur, ich entnehme auch Ihrer Antwort zu Frage drei und dem, was Sie eben gesagt haben, dass Sie sich darum weiter bemühen werden, weiterhin Kontakt halten werden, das Geschäft aufmerksam beobachten, auch zusammen mit dem Aufsichtsrat der Flughafen GmbH und natürlich unter Beachtung der Lärmschutzbelange!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Wettbewerb lässt keine vorgefassten Meinungen zu, man muss sie ständig überprüfen!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Wohnungsbedarf für schwer vermittelbare Mietergruppen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pietrzok!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Frage eins: Wie hat sich die Nachfrage nach Wohnungen und Wohnheimplätzen für schwer vermittelbare Mieter - Obdachlose, von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen, Straffällige, Drogenabhängige - in den Jahren 2000 bis 2002 bei den Trägern der Wohnungsvermittlung und bei der städtischen Wohnungshilfe entwickelt?

Frage zwei: Wie viele Wohnungen beziehungsweise Wohnheimplätze stehen bei der Wohnungshilfe e. V., der Inneren Mission, der städtischen Wohnungshilfe und anderen zur Verfügung, und wie ist das Verhältnis zur aktuellen Nachfragesituation?

Frage drei: Welche Rahmenbedingungen zur Verhinderung beziehungsweise zur Behebung von Obdachlosigkeit hält der Senat für erforderlich, um für die nächsten Jahre eine bedarfsorientierte Angebotssicherung bei Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern zu gewährleisten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Für das Jahr 2002 liegen noch keine Vergleichsdaten vor. Die folgenden Ausführungen beziehen sich daher auf die Jahre 2000 und 2001.

Die Nachfrage nach Wohnraum hat sich im Zeitraum 2000 bis 2001 erhöht, nämlich um etwa zehn Prozent. In diesem Zeitraum haben zirka 2500 allein stehende Wohnungslose und Straffällige ihren Wohnraumbedarf angemeldet. Von ihnen konnten durch Träger der Wohlfahrtspflege zirka 450 in Wohnraum vermittelt werden. In der

Drogenhilfe erhielten außerdem zirka 180 Klientinnen und Klienten Wohnungen. Bei der städtischen Wohnungshilfe wurden in dem Zeitraum zirka 350 obdachlose Haushalte in eine Wohnung eingewiesen. Die Tendenz war hier jedoch stark fallend.

In der zweiten Kategorie, den Übernachtungseinrichtungen, zeigt sich ebenfalls eine etwas verstärkte Nutzung. In den beiden Jahren wurden zirka 3000 Menschen dort untergebracht, davon zirka 600 Drogenabhängige. Auch die Unterbringung in Hotels und Pensionen erreichte im Jahr 2001 einen höheren Wert als 2000. Etwa 700 Menschen konnten auf diesem Weg untergebracht werden. Für den Personenkreis der Drogenabhängigen liegen keine Vermittlungszahlen für Hotels und Pensionen vor.

Zu Frage zwei: Beim Verein Wohnungshilfe und beim Amt für Soziale Dienste stehen insgesamt zirka 2000 Wohnungen zur Verfügung. Von den Versorgungsträgern werden zirka 400 Wohnheimplätze bereitgehalten. Davon bieten im Drogenhilfesystem verschiedene Träger zirka 130 betreute Wohnplätze an.

Das zur Notaufnahme von Obdachlosen vorgesehene Angebot für Männer war im Jahr 2000 zu rund 66 Prozent ausgelastet. Im Jahr 2001 stieg die Auslastung auf rund 74 Prozent. Die Tendenz im Jahr 2002 ist steigend. In der Frauenübernachtungseinrichtung lag die Auslastung in den Jahren 2000 und 2001 bei 100 Prozent und zeitweilig auch darüber. Die Notunterkünfte für Drogenabhängige waren 2000 mit 96,5 Prozent und 2001 mit 100,5 Prozent ausgelastet. Auch 2002 ist in diesem Bereich eine anhaltend starke Auslastung zu verzeichnen.

Die Zahl der nach Obdachlosenpolizeirecht belegten Wohnungen ist rückläufig. Betrug sie im Jahr 2000 noch 2485 Wohnungen, so waren es im September 2002 nur noch 1909 Wohneinheiten. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales bemüht sich, im Einvernehmen mit den beteiligten Wohnungsunternehmen die öffentlich-rechtlichen Nutzungsverhältnisse in private Mietverträge umzuwandeln und die Zahl der OPR-Wohnungen damit weiter abzubauen.

Zu Frage drei: Die wichtigste notwendige Rahmenbedingung für die Wohnungsverversorgung besonders benachteiligter Menschen bildet ein ausgewogener Mietwohnungsmarkt. Diese Bedingung ist laut aktuellem Gewos-Gutachten zwar für Bremen gegeben, die im Rahmen der Beantwortung der Anfrage vorgelegten Daten zeigen jedoch, dass die Sonderwohnformen weiterhin nachgefragt werden.

Nach wie vor erschwerend für gleiche Chancen am Wohnungsmarkt wirken sich besondere Auffälligkeiten einzelner Personengruppen aus, hier sind gemeint: Schufa-Einträge, biographische Besonderheiten wie zum Beispiel Haftentlassung oder Suchterkrankungen. Es wird für diese Menschen teilweise auch weiterhin Anreize für Eigentümer geben müssen, solchen Menschen Wohnungen zu vermieten.

Für andere einkommensschwache Haushalte gilt es, die Präventionsbemühungen zu verstärken, Obdachlosigkeit also bereits im Vorfeld zu vermeiden und am Entstehen zu hindern. Hier ist das Amt für Soziale Dienste mit seinem neuen Präventionskonzept. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Ja, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann teilen Sie also auch meine Einschätzung, dass es nötig sein wird, dass man solchen Problemgruppen die Möglichkeit bietet, auch auf so einem Wohnungsmarkt auftreten zu können, dass man sie darin stärkt, um dann auch das Ziel zu verfolgen, dass die ungleich teureren Wohnheimplätze zum Beispiel weniger in Anspruch genommen werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, auf jeden Fall, das teile ich! Da hatten Sie eben schon selbst als Argument den Kostenfaktor angeführt, denn die sind in der Tat wesentlich teurer, und zum anderen liegt uns ja daran, diese Menschen, ich sage einmal, in den ganz normalen Wohnungsmarkt zu integrieren.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Danke schön!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, könnte es vielleicht sein, dass die Verwaltungsanweisung aus dem Sozialressort, dass Sozialmieten für benachteiligte Menschen nicht übernommen werden, vielleicht dazu führt, dass sich die Probleme dieser Personengruppe verschärfen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das kann ich jetzt so nicht beantworten. Sie meinen, dass die Anweisung dazu beiträgt, das zu verschärfen? Das kann ich mir so nicht vorstellen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich meine, dass die Miete der Sozialwohnungen, die Bremen hat, das sind nicht so viele, aber es gibt noch welche, höher ist als die in der Regel vom Sozialamt übernommene Miete! Das heißt, für die allerbedürftigste Gruppe, die am allernötigsten eine Wohnung benötigt, übernimmt das Sozialamt die Sozialmieten nicht, und sie wird deshalb gezwungen, sich auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt eine Wohnung zu suchen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben in der Wohnungshilfe auch extra Menschen, die sich auf dem Wohnungsmarkt orientieren, die versuchen, die Angebote, die auf dem Wohnungsmarkt da sind, zu prüfen, ob sie für die entsprechenden Nutzerinnen und Nutzer in Frage kommen. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, dass wir da in Schwierigkeiten kommen, was die Unterbringung in Sozialwohnungen betrifft, wenn auf dem freien Markt auch andere Wohnungen zur Verfügung stehen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Aber wir stimmen doch miteinander überein, dass die Sozialwohnungen vom Staat deshalb finanziert wurden, weil sie besonders benachteiligten Menschen zugute kommen sollten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, da stimmen wir überein!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann ist es doch ein Widerspruch, wenn man feststellt, dass die Mieten in Sozialwohnungen für sozial besonders benachteiligte Menschen vom Sozialamt nicht mehr übernommen werden und man sie dann nur noch auf den freien Wohnungsmarkt verweist!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das ist in der Tat eine Entwicklung, die wir schon länger gemeinsam beklagen, die sich auch aus den Strukturen heraus so gestaltet hat. Dieses Problem wird uns leider auch, glaube ich, noch länger beschäftigen. Das werden wir hier jetzt nicht lösen können. Ich habe mich damit seinerzeit schon beim Bauressort beschäftigen müssen. Es ist also ein längerfristig angelegtes Thema.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn wir jetzt aber zum wiederholten Mal miteinander feststellen, dass es viel teurer ist für den Staat, Menschen in Einrichtungen unterzubringen, anstatt sie in einer Sozialwohnung unterzubringen, wäre dann das Sozialressort nicht vielleicht doch jetzt einmal in der Lage, sich etwas beweglicher zu zeigen, was Kostenübernahme für Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau betrifft?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich glaube nicht, dass es primär ein Problem des Sozialressorts ist, sondern primär ein Problem des Bauressorts. Ich habe mich schon einmal bei Gelegenheit mit den betroffenen Wohnungsbaugesellschaften darüber unterhalten. Es ist ein dickes Brett, das gemeinsam zu bohren ist. Diese Auffassung teile ich.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Leider darf ich Frau Wischer ja nichts fragen, deshalb stelle ich das jetzt hier ein!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Röpke.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den **Erhalt der Skater-Anlage am Vegesacker Hafen**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen werden zum Erhalt der Skater-Anlage an ihrem Standort am Vegesacker Hafen eingeleitet?

Zweitens: In welcher Weise werden Jugendliche und Anwohner in die Lösungsprozesse einbezogen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Es wurden alle Fakten im Hinblick auf eine Genehmigungsfähigkeit geprüft; danach kommt die zuständige Bauordnungsbehörde im Zusammenwirken mit dem Gewerbeaufsichtsamt jedoch zu dem Ergebnis, dass die Anlage in der bestehenden Betriebsform nicht nachbarschafts-

verträglich und infolgedessen nicht genehmigungsfähig ist.

Das Amt für Soziale Dienste, das Ortsamt Vegesack und der Lüssumer Turnverein als Träger der Skater-Bahn bemühen sich um Unterstützung für die Realisierung von lärmsenkenden Maßnahmen, mit denen ein Interessenausgleich zwischen den jugendlichen Nutzerinnen und Nutzern und der Anwohnerschaft erreicht werden kann. Es ist insbesondere daran gedacht, Betreuerkräfte einzusetzen, einen Zaun um die Skater-Anlage zu ziehen und die Nutzungsregeln und Nutzungszeiten zu verändern.

Das Ortsamt Vegesack, das Gewerbeaufsichtsamt, das Bauamt Bremen-Nord und der Betreiber sind bemüht, alternative Standorte für diese Anlage zu prüfen, sollte sich der Ausgleich vor Ort nicht realisieren lassen.

Zu Frage zwei: In diesem Verfahren haben Anlieger der Skater-Anlage bereits während des laufenden Prüfvorganges Beschwerden erhoben; diese sind dann am weiteren Verfahren beteiligt worden. Nach Bauordnungsrecht sind in besonderen Fällen nur die Eigentümer benachbarter Grundstücke am Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Eine Beteiligung weiterer Bürger durch die Bauordnungsbehörde erfolgte deshalb nicht.

Jugendliche aus dem Stadtteil haben sich im Zusammenhang mit dem Beteiligungsverfahren für ein stadtteilbezogenes Konzept der Kinder- und Jugendförderung in Vegesack beteiligen können. Es wird davon ausgegangen, dass der Erhalt des Standortes für sie so bedeutsam ist, dass sie der Einhaltung nachbarschaftsverträglicherer Nutzungsregeln zustimmen werden. Das Ortsamt und das Amt für Soziale Dienste halten Kontakt mit den Anwohnern. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, die Anlage ist vor zwei Jahren geplant worden, und im September haben 200 Jugendliche in Vegesack für den Erhalt der Anlage an der gleichen Stelle, wo sie jetzt platziert ist, demonstriert. Bis wann, schätzen Sie, werden die Verhandlungen, die Sie hier eben angeführt haben, abgeschlossen sein, damit die Jugendlichen die Anlage auch weiterhin an dieser Stelle benutzen können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das kann ich Ihnen wirklich nicht sagen! Sie wissen, das Ganze ist nicht böser

Wille von irgendeiner Seite, sondern wir haben hier in der Tat massive Beschwerden schon im damaligen Verfahren gehabt, auch seitens der Anwohnerschaft mit Beauftragung über Lärmgutachten. Dann haben diese Lärmgutachten eine deutliche Überschreitung der zulässigen Lärmwerte ergeben. Von da an hat man Versuche angestellt, wie man die Anlage an diesem Standort erhalten kann oder ob es eine Alternative gibt.

Diese Bemühungen, sie an diesem Standort zu halten, haben sicherlich viel damit zu tun, dass es gelingt, hier tatsächlich mit allen Beteiligten Vereinbarungen zu treffen, so habe ich es jedenfalls verstanden. Es ist nicht das Skater-Fahren als solches, sondern wenn Jugendliche zu allen möglichen Zeiten an so einer Anlage zusammenkommen, dann entsteht eben offensichtlich eine doch erhebliche Belastung für die Nachbarschaft an dieser Stelle. Darum wird überlegt, was aus meiner Sicht ja auch nicht das Tollste ist, das einzuzäunen, damit man dort tatsächlich nur zu bestimmten Zeiten Skater fahren kann, und Ruhezeiten so mit ihnen zu verabreden, dass zu bestimmten Zeiten dort keine lauten Aktivitäten stattfinden. Wie lange das dauert, da bin ich im Augenblick überfragt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Teilen Sie meine Einschätzung, dass es für die Jugendlichen vor Ort etwas absurd wirkt, an einem Beteiligungsprozess, der auch politisch beschlossen worden ist in den Deputationen, also auch von uns Politikern, in der Sozialdeputation, im Jugendhilfeausschuss, politisch an einem Verfahren beteiligt zu werden, das zum Ziel hat, eine Skater-Anlage in einem öffentlichen Aktionsraum zu schaffen, und dann zwei unterschiedliche Sichtweisen mitgeteilt zu bekommen, einmal die vom TÜV, die Skater-Anlage ist von der Lärmemission her in Ordnung, und dann die des Gewerbeaufsichtsamtes, davon gehen Emissionen aus, die für die Anwohner nicht erträglich sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann es ja nicht helfen, Frau Abgeordnete! Es gab einmal das Gutachten des TÜV Nord, das hatte festgestellt, die Emissionswerte werden eingehalten, und es gab eine Klage der Anwohner und Nachfragen und die Beauftragung der Gewerbeaufsicht, im Dauerbetrieb dies zu prüfen. Da sind die Lärmwerte deutlich überschritten worden an dieser Stelle. Wir haben hier unterschiedliche Ansinnen, einmal die Nachbarn, die sich beziehen können auf Rechtstatbestände, die dagegen geklagt und gesagt haben, wir wollen das geprüft wissen. Damit müssen sich

aus meiner Sicht zum anderen auch Jugendliche auseinander setzen. Auch Jugendliche müssen sich mit den Ansprüchen der anliegenden Nachbarschaft auseinander setzen, dass es dort ein Ruhebedürfnis gibt, dass zu bestimmten Zeiten eben keine Lärmemissionen auftreten, wie es eben ist, wenn mehrere Jugendliche fröhlich zusammen sind und möglicherweise Musik hören und sich lebhaft unterhalten, dass sie das nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit haben wollen. Ich bin sehr dafür, den Jugendlichen an dieser Stelle diesen Raum zu erhalten, aber das setzt auch voraus, dass man es hinbekommt, dort Regelungen zu schaffen, die zwischen Nachbarschaft und diesen Jugendlichen dann zur Übereinstimmung kommen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin Wischer, da Sie selbst Jugendsektorin waren, würde ich Sie gern bitten, gemeinsam mit Frau Senatorin Röpke, die auch schon von den Jugendlichen selbst gebeten worden ist, Kontakt aufzunehmen in dieser Frage, damit die Skater-Anlage erhalten bleibt. Ich denke, dass Sie als ehemalige Jugendsektorin, als jetzige Bau-sektorin, sich doch sehr gut für diese Sache engagieren könnten!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Es mangelt nicht an meinem Engagement für die Jugendlichen, auch nicht als Bau-sektorin, sondern es bleibt eine Reihe von Fakten, die man nur bewältigen kann, wenn man Lösungen findet, die auch für die Anwohnerschaft dort erträglich sind und die nicht zu Klagen führen, die dann auch von der Anwohnerschaft gewonnen werden, weil die Werte überschritten werden. Wenn es irgend geht, wünsche ich mir, dass es gelingt, aber dazu muss dann auch zum Beispiel die Betreuung sichergestellt werden, und da setze ich dann auf die Kollegin, die eben auf mich gesetzt hat, dass sie dafür Lösungen findet.

Präsident Weber: Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Senatorin, ich hätte viel Verständnis für die Erfahrung, die Sie da jetzt mit Ihrem Ressort machen, wenn das unsere erste Skater-Anlage wäre, die wir in Bremen gebaut haben. Aber wir haben schon ganz viel Erfahrung mit Skater-Anlagen. Von daher verstehe ich nicht, warum man bei der soundsovielten Skater-Anlage nun immer noch wieder feststellt, dass man mehr als die direkten Anrainer beteiligen muss, um da auch ein glückliches Miteinander zu organisieren. Die Jugendlichen sind natürlich

überall entsprechend laut, das ist das Ursprüngliche von Jugend, und das wollen wir ihnen auch nicht abgewöhnen. Insofern, gibt es da keine Lernprozesse in der Verwaltung, dass man dann daraus einfach klüger wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ihre Frage habe ich wirklich nicht begriffen, Frau Abgeordnete, denn hier ist schon in dem Verfahren, um dem Wunsch der Jugendlichen an dieser Stelle nachzukommen und dort eine Skater-Anlage einzurichten, im Vorfeld von der Anwohnerschaft Ablehnung vorgebracht worden. Sie wollte das nicht an dieser Stelle. Sie hatte Befürchtungen. Dadurch ist das alles in Gang gekommen, und darum gab es auch nur eine widerrufliche Baugenehmigung. Im Grunde hat man hier mit vereinten Kräften vor Ort auch von unserer Seite aus versucht, dem Wunsch der Jugendlichen Rechnung zu tragen im Wissen darum, dass das eine sensible Geschichte ist, sonst hätte man damals an dieser Stelle sagen müssen, aus den Erfahrungen, dass das so laut ist, wird sich eine solche Skater-Bahn auf Dauer nicht halten können. Das wäre dann die Erfahrung gewesen.

Ich teile die Auffassung, dass man immer wieder dafür werben muss, dass Jugendliche und Kinder in unserem öffentlichen Stadtraum auch Plätze brauchen!

(Beifall bei der SPD)

Diese Auffassung teile ich, aber es müssen dann auch, und da gibt es eben dann Anwohnerschaftsinteressen, jeweils Lösungen gefunden werden, wie beide Seiten miteinander leben können. Die kontinuierliche Nachmessung hat eben gezeigt, hier sind die Beeinträchtigungen so überhöht, dass man dann diesen Widerruf auch tatsächlich vollziehen muss. Nun suchen wir nach einer Lösung, ob es auch in Übereinstimmung mit den Jugendlichen geht. Ich finde, das habe ich eben schon gesagt, es gehört auch dazu, auch für Kinder, auch für Jugendliche, sich dann auf solche Regeln einzulassen. Das ist die andere Seite der Medaille. Darum bemühen wir uns.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Ich will schon versuchen, der Senatorin noch einmal zu erklären, was der Inhalt meiner Frage war. Sie haben das aber schon beantwortet. Sie haben gesagt, baurechtlich hätten Sie alles richtig gemacht, aber die Lärmemission, die durch so etwas entsteht, trägt auch weiter, so dass man möglicherweise einen ganz anderen Konsens erreichen muss, als es nur

baurechtlich notwendig ist, wenn man so eine Spielfläche für Jugendliche in einem Wohnumfeld organisieren will. Das war der Hintergrund meiner Frage, dass man auch mehr tun kann, einfach weil die Erfahrung das mit sich bringt, oder mehr tun sollte, als es formalrechtlich nötig ist, um die Akzeptanz im Vorfeld zu erreichen, und nicht erst, wenn im Prinzip schon das Problem riesig groß ist und sich natürlich auch entsprechende Vorbehalte aufgeschaukelt haben.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe Ihre Frage vermutlich schon richtig verstanden, Frau Striezel, ich habe auch eben versucht, sie zu beantworten. Es ist nur bei diesem Standort, der da ausgewählt worden war und der aus Sicht der Jugendlichen, so habe ich es immer verstanden, außerordentlich attraktiv ist, von Anfang an seitens der Bevölkerung Skepsis und Ablehnung signalisiert worden. Darum sind die Anwohner sehr schnell darauf gekommen zu sagen, wir wollen das lärmtechnisch überprüft haben. Deswegen der TÜV Nord! Der TÜV Nord hat gesagt, es ist in Ordnung, es war aber keine Echtbetriebsmessung. Dann hat es in schöner Reihenfolge Messungen gegeben, und die Anwohner haben Recht bekommen.

Das bekomme ich auch nicht durch Diskussion weg an dieser Stelle, sondern dann muss man sich fragen, was man an gemeinschaftlichen Regeln machen kann. Das passiert hier im Augenblick, das ist der Versuch. Wenn das nicht klappt, dann kann man noch an anderen Stellen suchen, die möglicherweise nicht so eine direkte Nachbarschaft haben, die sich beschwert fühlen kann dadurch, aber die möglicherweise auch für die Jugendlichen nicht so attraktiv sind, weil sie gern natürlich solche Veranstaltungen auch an öffentlichen attraktiven Stellen machen wollen. Da gibt es etwas, wo man tatsächlich nur mit Spielregeln aufeinander zugehen kann.

Präsident Weber: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung! Wir stellen fest, dass der Platz vor dem Haus der Bremischen Bürgerschaft mittlerweile auch ein sehr begehrter Platz geworden ist für Skater.

(Abg. Bürger [CDU]: Das war er vorher schon!)

Die fünfte Anfrage trägt die Überschrift „**Taktzeiten im neuen Winterfahrplan**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Kruusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die neue Strategie der BSAG, vom Grundsatz her statt wie bisher im 7,5-Minuten-Takt jetzt im Zehn-Minuten-Takt zu fahren und nur noch zu festgelegten Zeiten die Taktfolge zu verkürzen?

Zweitens: Gibt es Vereinbarungen zwischen der senatorischen Behörde und dem Verkehrsunternehmen, dass der alte 7,5-Minuten-Takt wieder eingeführt wird, falls es in den Hauptverkehrszeiten zu überfüllten Fahrzeugen und somit zu unzufriedenen Fahrgästen kommt?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die BSAG führt kontinuierliche Fahrgastzählungen insbesondere in der Hauptverkehrszeit durch, um den Auslastungsgrad der Fahrzeuge zu ermitteln. Maßstab zur Beurteilung der Beförderung sind Empfehlungen des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, die für die Beurteilung des Angebots der BSAG konkretisiert wurden. Die BSAG hat den Fahrplan 2002/2003 in der Hauptverkehrszeit nach den Ergebnissen der Fahrgastzählungen angepasst, wobei der oben genannte Qualitätsmaßstab gewährleistet wird. Der Senat beurteilt das Angebot vor dem Hintergrund des Wirtschaftlichkeitsgebotes und der angestrebten Attraktivität des ÖPNV als angemessen.

Zu Frage zwei: Es gibt keine Vereinbarung zwischen der BSAG und dem Senator für Bau und Umwelt. Der Senator für Bau und Umwelt geht aber davon aus, dass die BSAG bei Nichteinhaltung des Qualitätsmaßstabs ihr Angebot im Interesse eines attraktiven ÖPNV in wirtschaftlich vertretbarer Weise anpasst. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wenn man sich jetzt nur auf diese Verkehrszählungen beruft, dann könnte man auch daraus schließen, dass je weniger Fahrgäste, um so weniger Züge fahren, das heißt, dann würde man eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Sehen Sie nicht eher, dass umgekehrt ein Schuh daraus wird, dass nämlich kurze Wartezeiten an den Haltestellen ein Attraktivitätsmoment sind, um mehr Fahrgäste statt weniger in die Bahn zu locken?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: So pauschal klingt das immer gut, wenn man das so sagt, aber gleichzeitig muss man, glaube ich, festhalten, dass es schon Sinn macht, entsprechend dieses Qualitätsstandards, den der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen gesetzt hat, das im Vergleich auch mit anderen Städten hier in Bremen nicht anders zu halten. Ich gehe davon aus, dass die BSAG hier sehr sorgfältig geprüft hat, denn es ist auch das Interesse der BSAG, das Fahrgastaufkommen insgesamt zu steigern, dass sie hier unter dem Aspekt der Qualität einerseits und der Wirtschaftlichkeit andererseits die Taktzeiten auf den einzelnen Linien entsprechend nicht nur des bestehenden Volumens, sondern auch entsprechend der Anforderungen, die an diese Strecken gemacht sind, gesetzt hat. Insofern gehe ich davon aus, dass hier sehr verantwortlich mit dem Qualitätsmaßstab auf der einen Seite und mit den Fragen der Wirtschaftlichkeit auf der anderen Seite umgegangen worden ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte schon noch einmal nachhaken. Man kann jetzt lesen in diesem neuen Winterfahrplan, dass zum Beispiel gerade an Wochenenden, wenn die Fahrtaktdichte ohnehin nicht gerade großartig ist, und man jetzt praktisch diesen Takt von 15 Minuten auf 20 Minuten ausdünnst, im Prinzip, überhaupt kein attraktives Angebot mehr vorhanden ist, was wiederum dazu führen wird, dass die BSAG noch weniger Fahrgäste haben wird, was zur Folge haben wird, dass sie neue Verkehrszählungen macht, die dann dazu führen werden, dass man noch weiter ausdünnst. Das heißt, man setzt doch hier eine Abwärtsspirale in Gang, statt sich zu überlegen, wie man durch kurze Taktzeiten, durch mehr Werbung auch gerade unter jungen zukünftigen Fahrgästen für mehr Fahrgäste sorgt. Wo ist da bei Ihnen als Senatorin die Grenze, wo Sie sagen, hier muss man neu nachdenken und eher den umgekehrten Weg gehen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wenn ich es richtig verstanden habe, sind diese Qualitätsuntersuchungen und Zählungen, die gemacht worden sind, bisher nur zu diesen Hauptzeiten gemacht worden. Für die Nebenverkehrszeiten samstags und sonntags liegen noch keine Besetzungszahlen vor und damit auch noch keine Qualitätsmaßstäbe, die definiert worden sind. Die BSAG wird dies weiter durchführen, und ich denke, wenn dann die Ergebnisse vorliegen, werden wir uns gemeinsam noch einmal ansehen müssen, ob diese Taktzei-

ten von 20 Minuten, die jetzt eingeführt worden sind, tatsächlich auf Dauer akzeptierbar sind.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, bevor ich die nächste Anfrage aufrufe, darf ich auf der Besuchertribüne eine Seniorengruppe des Allgemeinen Turn- und Sportvereins Bremen von 1860 ganz herzlich begrüßen unter Leitung von Herrn Siegfried Falke.

(Beifall)

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Warenpräsentationen vor Geschäften**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Dreyer!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat unter städtebaulichen und wirtschaftspolitischen Aspekten und vor dem Hintergrund der Aufwertung der Innenstadt die Möglichkeit für Geschäftsleute, einen begrenzten Teil ihrer Waren auf den Wegen, Straßen und Anlagen vor den Ladenlokalen zu präsentieren?

Welche Vorstellungen hat der Senat zu einer zeitgemäßen und modernen Regelung der Sondernutzung öffentlicher Flächen für die Stadt Bremen entwickelt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Haupteinkaufsbereich der Innenstadt sowie in stark frequentierten touristischen Stadtbereichen hat sich Warenpräsentation zu einem wesentlichen Merkmal des öffentlichen Stadtraumes entwickelt. Eine Untersuchung zum Erscheinungsbild der Obern- und Hufilterstraße hat gezeigt, dass Warenpräsentation vor Geschäften durch Verkaufsstände, Billigwareangebote und Sonderangebote zu stadtgestalterischen Beeinträchtigungen und Behinderungen des öffentlichen Straßenraums führen und unter städtebaulichen und stadtgestalterischen Gesichtspunkten zunehmend kritisiert wird.

Andererseits ist im Rahmen von Aufwertungs- und Umgestaltungsmaßnahmen der Haupteinkaufsbereiche Obern- und Sögestraße jedoch deutlich

geworden, dass Art und Form der Warenpräsentation vielfach nicht mehr dem Ambiente der neu gestalteten Fußgängerzonen entsprechen und sich negativ auf das Gesamtbild von Haupteinkaufsbereichen auswirken. Warenpräsentation im öffentlichen Raum ist hier besonders zu einem stadtgestalterischen Problem geworden, dessen sich zunehmend auch die Kaufmannschaft annimmt. Aus der Kaufmannschaft ist deshalb die Anregung der Stadtplanung aufgenommen worden, im Zusammenhang mit der Aufstellung von Gestaltungssatzungen nach stadtgestalterisch verträglichen Lösungen für Warenpräsentation im öffentlichen Raum zu suchen.

Für die Bereiche Obern- und Sögestraße erfolgt dies in intensiver Zusammenarbeit mit den jeweiligen Interessengemeinschaften und der Handelskammer. In stadtgestalterisch bedeutsamen Bereichen wird damit der Versuch unternommen, Regelungen und Festsetzungen zur Warenpräsentation im öffentlichen Raum im Rahmen von Gestaltungssatzungen zu treffen und verbindlich festzusetzen.

Zu Frage zwei: Über Regelungen im Rahmen von Gestaltungssatzungen hinaus prüft der Senat generell, den Bereich der Sondernutzung öffentlicher Flächen insgesamt neu zu regeln. Dabei soll ebenfalls das Herausstellen von Waren vor Geschäften im Benehmen mit den Interessenvertretungen der Kaufmannschaft unter Berücksichtigung verkehrlicher Belange einer verträglichen Lösung zugeführt werden. Vorstellbar ist eine Lösung, die das Herausstellen von Waren auf öffentlichen Flächen in einem bestimmten Umfang grundsätzlich und ohne Einzelgenehmigung gebührenfrei ermöglicht. In einem Ausnahmekatalog werden nur noch die Bereiche festgelegt, in denen dies aufgrund der Gehwegbreite oder aus anderen Gründen nicht möglich ist.

(Unruhe - Glocke)

Diese Lösung hätte den Vorzug, dass im Sinne einer schlanken Verwaltung das Herausstellen von Waren ohne behördliches Genehmigungsverfahren möglich ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Frau Senatorin, wir begrüßen natürlich sehr den jetzt begonnenen positiven Dialog zwischen den Beteiligten. Können Sie mir einen Zeitrahmen skizzieren, in dem verträgliche Regelungen zu erwarten sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Für die Gestaltungssatzung, die ich eben angesprochen habe, gehen wir davon aus, dass wir sie im Januar vorlegen können.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Wischer.

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Öffentliche Verkehrsmittel in Sebaldsbrück-Ost**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hoffhenke, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hoffhenke!

Abg. **Hoffhenke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wann können Bürgerinnen und Bürger in Sebaldsbrück-Ost damit rechnen, dass die Saarstraße, Sulzbacher Straße und Saarburger Straße mit öffentlichen Verkehrsmitteln an das Gesamtnetz der BSAG angeschlossen werden?

Präsident Weber: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Möglichkeit einer Anbindung an das Netz der BSAG wird zurzeit beim Senator für Bau und Umwelt in Zusammenarbeit mit der BSAG geprüft. Die BSAG untersucht verschiedene Varianten der Anbindung an das ÖPNV-Netz. Insbesondere muss auch untersucht werden, auf welche Weise die Anbindung am wirtschaftlichsten realisiert werden kann, so dass nicht unverhältnismäßige Mehrkosten entstehen, die aufgrund des bestehenden Kontraktes an anderer Stelle aufgefangen werden müssten. Eine Entscheidung wird voraussichtlich bis Anfang 2003 erfolgen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hoffhenke** (CDU): Frau Senatorin, habe ich Sie richtig verstanden: Es ist also eine Kostenfrage und keine Frage der Machbarkeit, denn es handelt sich ja um sehr enge Straßen? Das werden wir hinbekommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Es ist auch eine Kostenfrage, es ist aber auch bei unterschiedlichen Varianten

eine Frage der Machbarkeit. Mir ist das Problem sehr vertraut. Ich habe auch mit der dortigen Initiative diskutiert und gesprochen, und es ist, so weit ist jedenfalls mein Kenntnisstand, das Einsetzen von Bussen in diesem Bereich technisch außerordentlich problematisch und zöge eine Menge anderer Probleme nach sich. Insofern prüft man jetzt, wie kann man tatsächlich an dieser Stelle für die in diesem Bereich - so habe ich es immer verstanden - insbesondere sehr starke Personenzahl älterer Menschen eine Anbindung schaffen. Da gibt es eben auch noch andere Lösungen. Die werden im Augenblick überlegt, und ich hoffe, dass wir, wie gesagt, dann Anfang 2003 sagen können, wie es gehen kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Wischer.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Veränderung der Angebotsstruktur in den Kindertagesheimen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. September 2002
(Drucksache 15/615 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2002 (Drucksache 15/633 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, Frau Senatorin Röpke, ob Sie darauf Wert legen. - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, dann treten wir in eine Aussprache ein.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute

eine weitere Debatte zum Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Bremen führen können, dieses Mal aufgrund einer Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Veränderung der Angebotsstruktur in den Kindertagesheimen.

Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch, dass wir vor ein paar Monaten einige Turbulenzen hatten in diesem Fachbereich, in den Kindergärten, bis hin zu einer sehr emotionalen, lautstarken Personalversammlung mit entsprechenden Schlagzeilen in der Zeitung. Das alles führte dazu, dass der Modellversuch „Kernzeit Plus“, der von der Verwaltung erarbeitet und in den Fachgremien beraten wurde, dann auf Vorschlag der Senatorin und der Verwaltung abgelehnt oder aufgegeben wurde. Wir haben seitdem keine größeren Veränderungen, keine größeren Diskussionsbeiträge zu diesem Thema gehabt und haben deswegen zu diesem Thema eine Große Anfrage an den Senat gestellt.

Wir haben, glaube ich, acht präzise Fragen gestellt, und wir haben es selten erlebt, dass wir auf acht Fragen so wenig beschriebenes Papier, so kurze, knappe Antworten bekommen. Nun ist gegen kurze und knappe Antworten generell nichts zu sagen, aber diese Antworten sind so wenig ergiebig, so wenig konkret, und, was mich vor allen Dingen sehr enttäuscht, es gibt keine eigenen Zielsetzungen des Senats. Es ist also keine Zukunftsentwicklung zu erkennen, sondern es ist Stillstand statt Entwicklung hin zu einer familienfreundlichen, bedarfsgerechten Kinderbetreuung.

Die Antwort war offensichtlich mehr eine Pflichtaufgabe denn eine Kür, obwohl das Thema, wie immer wieder betont, allen am Herzen liegt. Die Notwendigkeit ist, glaube ich, gestern auch noch einmal mit einer großen Teilnehmerzahl bei einer Fachveranstaltung hier im Hause deutlich geworden. Das Thema beschäftigt schon alle, die damit zu tun haben, aber die großen Leitlinien des Senats sind noch nicht zu erkennen.

In der Frage eins fragen wir deswegen nach, wie es mit dem Modellversuch „Kernzeit Plus“ eigentlich gegangen ist und welche anderen Möglichkeiten der Flexibilisierung ergriffen werden können. Dort bekommen wir unter anderem die Antwort: „Den Trägern von Kindertagesbetreuungseinrichtungen wurden jedoch Möglichkeiten der Flexibilisierung von Betreuungsstunden im Rahmen der Vereinbarungen zu Jahresganztagsplätzen eingeräumt.“ Vereinbarungen eingeräumt! „Dadurch ist es möglich, dass es neben dem Angebot der Halbtags-, Teilzeit- und Ganztagsbetreuung auch zeitliche Zwischenformen gibt.“ Das ist vielleicht einen Fuß vor den anderen gesetzt, aber noch nicht einmal ein Schritt!

Wir haben inzwischen in mehreren Gesprächen, unter anderem bei der Veranstaltung „Bremen 2030 - eine zeitbewusste Stadt“, die Kindergartenleiterin aus Arsten hören können, die von diesem Modell Gebrauch macht, dass dieser kleine, winzige Schritt in der Flexibilisierung überhaupt nicht ausreicht, um den Elternwünschen, den Elternbedarfen gerecht zu werden. Lassen Sie mich das an zwei, drei Beispielen deutlich machen!

Wir haben in der letzten Woche noch einmal die Einrichtung besucht, die einen sehr guten, engagierten, konzeptionell-pädagogisch vernünftigen Eindruck gemacht hat, das muss ich deutlich sagen, die jetzt auch einen Zusatzraum bekommt und damit auch die letzte Gruppe in den ganzen Kindergarten integrieren kann. Darüber freuen wir uns sehr, aber wir müssen natürlich dem notwendigen Bedarf auch durch weitere Flexibilisierung Rechnung tragen.

Ein Beispiel: Eine Mutter meldet ihr Kind dort an, sie ist Flugbegleiterin. Sie arbeitet eine Woche, und eine Woche ist sie zu Hause. In der einen Woche, in der sie arbeitet, braucht sie einen Ganztagsplatz, völlig klar! In der anderen Woche, wenn sie zu Hause ist, kann sie ihr Kind aber selbst betreuen. So ein Angebot gibt es aber in Bremen nicht. Es ist nicht möglich, das kann man nicht vereinbaren. Außerdem hat dieser Kindergarten sowieso keine Ganztagsplätze, sondern er hat ohnehin nur maximal Teilzeitbetreuung anzubieten, ein Beispiel, an dem klar wird, dass wir den Elternwünschen nicht gerecht werden. Das Gleiche gilt für eine Kinderkrankenschwester. Wie gesagt, dort gibt es maximal eine Teilzeitbetreuung bis 14 Uhr. Die Kinderkrankenschwester hat aber Schichtdienst bis 15 Uhr. Das heißt, was macht sie in der letzten Stunde mit ihrem Kind? Was macht der Kindergarten mit diesem Bedarf der Eltern? Kann man das organisieren in dem Rahmen, der ihm gesetzt worden ist, nämlich der Rahmen der Vereinbarung zu Jahresganztagsplätzen? Wir haben gehört, dass das im Prinzip nicht geht.

Ein weiteres Beispiel: Eine Mutter hat die Chance, eine Fortbildung zu besuchen, und hat ihr Kind bis 14 Uhr betreut. Die Fortbildung, die natürlich nur einen zeitlich begrenzten Rahmen hat, dauert aber länger als 14 Uhr. Was macht diese Mutter? Lehnt sie die Fortbildung ab und damit ihre weitere berufliche Zukunft? Hängt sie ihr Kind in der Zwischenzeit an den Nagel, oder wie soll das gehen? Das zeigt einfach, dass wir mit dem, was wir bisher an Flexibilisierung ermöglicht haben, nicht ausreichend auf die Wünsche und die wirklich zwingenden Bedarfe von Eltern eingehen können.

Im zweiten Punkt, den wir nachfragen, geht es um Kostenstrukturen, um Schaffung von Trägerverbänden. Auch das hat viel zu tun mit dem, wie die Angebotsstruktur zukünftig aussehen soll, weil wir sie natürlich auch bezahlen müssen. Wir haben in der letzten Sitzung eine Vorlage bekommen, wie weit sich denn die Pro-Platz-Pauschale entwickelt hat. Ich will das hier einmal deutlich sagen, damit Sie das auch wirklich zur Kenntnis nehmen: Wir haben eine Spanne bei einer Pro-Platz-Pauschale für einen Ganztagsplatz im Jahr von 386 Euro bis hin zu 604 Euro. Ich finde, das ist eine ungeheure Spanne, die wir da haben. Das heißt, ein Kindergartenplatz kostet 386 Euro, und ein anderer Kindergartenplatz kostet 604 Euro, aber sie bieten das Gleiche an, und sie haben die gleiche Aufgabe.

Ich meine, das geht nicht! Der Referenzwert beträgt 489 Euro, und ich kenne Träger, die bekommen nur diesen Referenzwert, also 489 Euro, und müssen sehen, wie sie damit Kindergartenarbeit organisieren, während andere locker weiter die 604 Euro bekommen. Ich glaube, dass das so nicht in Ordnung ist!

Ein weiterer großer Kostenblock sind natürlich die Regiekosten. Die Regiekosten klaffen im Prinzip prozentual noch weiter auseinander, nämlich dort reichen sie von 10,6 Euro bis zu 63,5 Euro. Das ist mehr als das Fünffache bei dem einen im Vergleich zu dem mit 10,6 Euro niedrigsten Anbieter! Ich meine, das geht nicht! Der Steuerzahler hat ein Recht darauf, dass Kindergartenarbeit, durch den Steuerzahler finanziert, auch entsprechend eine Gleichbehandlung aller Kindergartenanbieter beinhaltet. Wenn wir danach fragen, wann wir denn dazu kommen, dass wir eine einheitliche Platzpauschale haben, dann hören wir, dass man vielleicht 2005 in der Situation sein wird.

In der Frage drei haben wir nachgefragt, welche tatsächlichen Verbesserungen für die Eltern und Kinder in der Angebotsstruktur erreicht werden konnten. Dort wird uns dann gesagt, im Vergleichszeitraum wurden zugunsten von 1136 mehr Teilzeitplätzen 212 Halbtagsplätze und 357 Ganztagsplätze entsprechend umgewandelt. Ja, aber da frage ich mich, wieso das denn eine Verbesserung sein soll! Wir haben immer wieder erfahren, solche Veränderungen am grünen Tisch führen nicht dazu, dass Elternbedarfe jeweils in den einzelnen Einrichtungen und dem Stadtteil entsprechend berücksichtigt werden. Wenn man einen Ganztagsplatz braucht und der umgewandelt wird, dann ist das für uns kein Fortschritt, keine Verbesserung, das will ich deutlich sagen.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Im Punkt vier fragen wir, was der Senat zu tun gedenkt, nachdem er die wissenschaftliche Analyse zu diesem Thema hat. Die Antwort ist so wenig überzeugend, dass wir irgendwann in den nächsten Jahren, also nicht vor dem Kindergartenjahr 2004/05, mit irgendwelchen Konsequenzen rechnen können. Bis dahin haben wir schon wieder eine Menge Zeit vorübergehen lassen, statt sie sinnvoll zu nutzen.

Wir haben auch danach gefragt, was notwendig ist, um die notwendige Flexibilisierung beim Personal besser zu erreichen. Der Senat sagt, da gibt es gar kein Problem, die Erzieherinnen sind alle davon überzeugt, dass das notwendig ist. Aber dann frage ich mich, warum es diese Personalversammlungen immer wieder gibt und warum da nicht schon etwas passiert in diese Richtung, wenn die Einsichtsfähigkeit schon da ist. Ich kann das nachvollziehen, dass jeder seine Interessen vertritt, aber wir müssen sehen, dass wir aus den verschiedenen Interessen ein Gesamtangebot machen, das dann auch entsprechend von der Bevölkerung angenommen wird.

Das Gleiche gilt für die Frage acht, wo wir danach fragen, welche Erfahrungen mit dem Betreuungsangebot der Bremer Kids gemacht worden sind. Da wird uns schlichtweg gesagt, es gibt noch keine entsprechenden Erfahrungen, das ist alles noch zu neu, und wir können dazu noch nichts sagen. Wenn wir so mit Neuerungen und Ideen und mit Angeboten, auch Wünschen von Eltern umgehen, dann, glaube ich, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir die Eltern auch immer wieder nicht mitnehmen auf dem Weg und sie auch einfach unzufrieden sind mit dem, was wir an Kinderbetreuung hier in Bremen organisieren. Ich finde das sehr schade, dass wir hier nicht mehr in die Zukunft schauen können, und ich werde in meinem nächsten Redebeitrag dann sagen, wie wir uns das Ganze vorstellen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Diskussionsstand hat sich in den vergangenen Monaten nicht geändert, vielmehr sind wir in der Situation, dass wir uns auf ein Procedere geeinigt hatten im Hinblick auf Kernzeit Plus, und ich frage mich, ob diese Übereinstimmung weiterhin Bestand hat.

Ich will Ihnen noch einmal die Geschichte hinsichtlich der Debattenlage von Kernzeit Plus erläutern. Das ist ein Konzept gewesen, das wir als Modell-

versuch geplant hatten, und das Ziel war, in einer Erprobung mit insgesamt 15 Einrichtungen, die zusammen gesehen ungefähr repräsentativ sein sollten, einige Sachen zu versuchen. Dabei geht es um folgende Ziele: die Einführung von Zweitkräften, wenigstens für einige Stunden des Tages im Vormittagsbereich und die Abdeckung einer umfangreicheren Betreuungszeit durch flexiblere Angebotszeiten im Nachmittagsbereich.

Kennzeichnend für dieses Modell war ein finanzieller Rahmen, der besagte, dass keine zusätzlichen Kosten dadurch entstehen sollten, um Aussagen hinsichtlich der Umsetzbarkeit machen zu können, und zwar innerhalb des vorhandenen Senatorenbudgets, die zusätzliche Leistungen benötigen, aber zusätzliche Ressourcen - man muss sich dann natürlich fragen, woher die kommen sollten -, dafür gab es im Prinzip zwei Positionen, und zwar war die eine, dass durch eine Verschiebung der Niveaus von Regelförderung und Leistung für Behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder Ressourcen und über das Differenzierungskräfteprogramm zusätzliches Personal für eine bessere Ausstattung in den Einrichtungen auch im Nachmittagsbereich zur Verfügung gestellt werden sollte.

Das war eine ganz kontroverse Diskussion, die wir hier in der Stadt hatten, darauf hat Frau Striezel ja auch gerade schon hingewiesen. Wir hatten unterschätzt, wie stark das berufliche Selbstverständnis der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen berührt war von diesen konzeptionellen Überlegungen, die der Modellversuch beinhaltete. Die Erwartung, dass die Profile der Einrichtungen im konkreten Einzelfall keine Umsteuerung der sozialpolitischen Ausrichtungen des Elementarbereichs erkennen lassen, wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht geteilt. So wurde auch gerade die SPD an ihre eigene Programmatik erinnert, zu der sie übrigens auch heute noch steht und damals stand: Wenn man Kinder mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen nicht unterschiedlich fördert, kommt keine Chancengleichheit dabei heraus.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklungsunterschiede der Kinder sind bei der Einschulung derart groß, dass man dringend auf diesen Sachverhalt hinweisen muss, dass soziale Benachteiligung gezielt durch Förderung bekämpft werden muss. Das darf nicht beim Bekennnis bleiben, das muss in stärkerem Maße politisches Programm werden. Wir müssen uns darüber klar sein, das ist auch gestern in dieser Veranstaltung deutlich geworden, dass Maßnahmen, die wir da im Elementarbereich durchführen, auch durchaus finanzpolitisch gesehen positive

Effekte haben, weil die Hilfeansprüche der Kleinen, wenn sie größer sind, nicht in dem Maße vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidend ist eine funktionstüchtige Integrationskonzeption. Das Thema Zweitkraft ist für die SPD deswegen auch keineswegs passé, erst recht nicht angesichts der Personalstruktur in Bremen, wenn man das mit dem Bund oder anderen europäischen Ländern vergleicht.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch einmal zurück zu Kernzeit Plus! Angesichts der Debatte in der Stadt haben wir, das heißt die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der damaligen Senatorin Adolf, entschieden, auf die Einführung des Modellversuchs „Kernzeit Plus“ zu verzichten, und Frau Striezel fand das damals übrigens auch richtig, wir haben das sehr eng beraten. Die Antworten auf die Fragen, die im Modellversuch beantwortet werden sollten, so war die übereinstimmende Meinung, und so ist es in den Gremien dann auch entschieden worden, sollten durch eine wissenschaftliche Untersuchung überprüft werden. So ist es beschlossen worden, und dazu stehen wir, und wir sind uns dabei klar darüber, dass wir durch eine solche Untersuchung sicherlich nicht so präzise Antworten bekommen werden, wie wir sie bei einem Modellversuch bekommen hätten.

Zeitliche Flexibilisierung ist auch jetzt schon möglich, das ist deutlich geworden und ist zugegebenermaßen in der Vorlage nicht konkret gewesen. Sie wird auch in einigen Einrichtungen betrieben, und die, die das machen, möchten wir doch darin unterstützen. Wir denken, dass wir auch wirklich daraus eine Vorbildfunktion für andere Einrichtungen ableiten können, wenn das wirklich gut ist. Aber die Projekte sind zum Teil wirklich noch sehr jung. Wir müssen uns darüber klar sein, dass Betreuungszeiten viel stärker bedarfsorientiert angeboten werden müssen, als es derzeit der Fall ist.

Niemand weiß im Moment, wie viele Ganztagsplätze belegt werden von denen, die arbeiten wollen, aber noch keinen Job gefunden haben. Niemand weiß, wie viele einen Ganztagsplatz belegen, obwohl sie nur an einem Tag der Woche eine gesicherte Betreuung benötigen, und niemand weiß, wie viele Kinder in Ganztagsplätzen sind, obwohl sie nur eine halbe Stunde mehr brauchen, als ein Teilzeitplatz bietet. Sicher ist, dass hier Mängelbewirtschaftung herrscht. Hier besteht Änderungsbedarf, hier können mit gleichbleibenden Mitteln bessere Ergebnisse erzielt werden. Die

grobe Unterscheidung zwischen Halbtagszeit und Ganztagsbetreuung muss aufgelöst werden, und unterschiedliche Betreuungszeiten an einzelnen Tagen müssen verfügbar sein.

Frau Striezel, der Diskussionsstand ist ungefähr ein Jahr alt, grob geschätzt. Im Jugendhilfeausschuss haben wir diesen Sachverhalt detailliert erörtert. Die Frage, die die wissenschaftliche Untersuchung herausfinden soll, ist, in welchem Maße das Auswirkungen hat, was ich hier gerade beschrieben habe, dass tatsächlich Plätze nur an einem Tag besucht werden. Wir wollten da herausfinden, wie viele Kinder tatsächlich in den Nachmittagsgruppen sind und wie viele Kinder nur angemeldet sind, aber nicht da sind. Das ist doch genau der Versuch innerhalb des Ressorts, mehr Menschen mit ihren Bedürfnissen zu berücksichtigen. Das ist doch das, was wir wollen, und das ist auch nicht neu.

Die Untersuchungen sollen uns dabei helfen voranzugehen, und ich hoffe, sie werden brauchbare Ergebnisse liefern. Wir werden diesen Prozess auch als Fraktion befördern, aber wir wollen das auch auf fundierter Datenbasis tun. Deswegen stehen wir auch weiterhin zu diesen Untersuchungen.

Aber wichtig ist bei allem, was wir im Hinblick auf flexible Betreuungszeiten erörtern, noch ein Hinweis auf die Beschäftigten, auf die Erzieherinnen und Erzieher! Wir haben es hier mit einer Gruppe zu tun, die im Hinblick auf ihre Einkommenssituation und im Hinblick auf ihre Arbeitszeiten einen sehr schwierigen Berufsalltag hat. Die Einkünfte sind gering, wir haben es oft mit Teilzeitbeschäftigung zu tun, und wir haben auch jetzt schon ein hohes Maß an pädagogischer Anforderung. Deswegen möchte ich auch hier noch einmal deutlich machen, dass wir die Mitarbeiterinnen, die es ja überwiegend sind, aber auch die Mitarbeiter mit unserem neuen Modell nicht überfordern wollen, denn überforderte Menschen können aus unserer Sicht keine gute Pädagogik machen.

(Beifall bei der SPD)

Trägerverbünde finden wir als SPD übrigens auch gut, aber sie müssen eigenständig aus den kleinen, freien Trägern entstehen. Das Ressort kann dabei nur Anreize geben, und das wird ja auch gemacht, denn es sind freie Träger, und die müssen auch frei zu ihren Entscheidungen kommen.

Die Pro-Platz-Pauschale wird zu einer Kostengleichung der Träger kommen, aber es sind Budgets. Man muss sich darüber klar sein, dass man zuerst Budgets einführt bei Trägern, die völlig unterschiedliche Kostenstrukturen haben. Erst wenn

man sich auf die Kategorien geeinigt hat, dann wird man sich über die Höhe der einzelnen Kategorien unterhalten können, auch mit dem Ziel, in den einzelnen Budgetsegmenten tatsächlich zu einer Anpassung zu kommen. Dann wird auch die Frage thematisiert werden müssen, wie hoch beispielsweise die Kosten sind für den Overhead, die Regiekosten. Dann wird man die Diskussion führen können, wie man in diesem Bereich zu einer Optimierung kommt. Ich bin sicher, dass dann auch die kleinen Träger sich damit auseinander setzen müssen, inwiefern sie im Hinblick auf den Overhead zu einer Zusammenführung kommen.

(Beifall bei der SPD - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Pietzrok** (SPD): Bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Pietzrok, das ist ja alles richtig, was Sie sagen!

(Beifall bei der SPD - Abg. Pietzrok [SPD]: Ich weiß!)

Hoffentlich haben Sie nicht zu früh geklatscht! Es erweckt nur den Eindruck, als ob Sie seit gestern, also Sie, die SPD, die Verantwortung für den Bereich haben. Aber solange ich denken kann und hier in Bremen bin, ist dieses Ressort SPD-geführt. Die Bedarfe, die Sie eben richtig dargestellt haben, was wir wissen müssen, das müssen wir seit mindestens 20 Jahren wissen und nicht erst seit gestern! Deswegen frage ich mich: Wann soll es denn nun endlich wirklich so sein, dass wir mit diesen Fakten umgehen können und nicht immer nur im Nebel stochern? Das ist doch unser Problem!

Abg. **Pietzrok** (SPD): Also, Frau Striezel, bei allem Respekt vor Ihnen als Laienhistorikerin!

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich möchte einmal eines deutlich machen: Wir haben schon zu Beginn der Legislaturperiode konkrete Anforderungen im Hinblick auf flexibilisierte Betreuungszeiten, die haben wir formuliert als Partei. Die Senatorin hat ein Konzept entwickelt, wie man modellhaft solche Dinge überprüfen kann. In Übereinstimmung mit Ihnen haben wir dann auf diesen Modellversuch verzichtet und haben gesagt, wir wollen dieses Problem anders operationalisieren über eine wissenschaftliche Begutachtung, um daraus Schlüsse zu ziehen. Genauso haben wir es jetzt gemacht, und jetzt

sind wir meiner Meinung nach in einer Situation, dass wir in einigen Monaten die ersten Informationen bekommen werden und dann hoffentlich auch bald zu einer Umsetzung kommen.

Insofern finde ich einfach, dass Ihre Große Anfrage kein gutes Timing hat,

(Beifall bei der SPD)

weil sie jetzt in eine Phase tritt, wo zwar auf der Oberfläche nicht viel passiert, nicht viel Sichtbares passiert, aber die politische Ambition und auch die fachliche Ambition durch die Verwaltung ist durchaus vorhanden und wird zu entsprechenden Änderungen führen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Als Frau Striezel geredet hat, habe ich mich eben gefragt, wer regiert eigentlich das Bundesland Bremen, und wer hat eigentlich das Zepter in der Hand, wenn es um die Kindergartenpolitik geht! Ich glaube, nach fast acht Jahren großer Koalition sollte auch bei der CDU angekommen sein, dass sie hier die Verantwortung trägt für das, was in den Kindergärten passiert oder eben nicht passiert ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen wollen eine grundlegende Bildungsreform in Bremen, eine Reform, die schon auch den Kindergartenbereich umfasst, und dabei sollen drei Elemente enthalten sein: erstens die Flexibilisierung in Richtung bedarfsgerechtes Angebot, zweitens die Zweitkräfte in den Gruppen und drittens die Beitragsfreiheit im Kindergarten, weil es ein gesetzlicher Anspruch ist, und genau wie Schulen und Universitäten sollen die Kindergärten beitragsfrei sein. Es versteht ja kein Mensch, warum man für die Kleinen Geld bezahlen muss, während die großen Kinder kostenlos Bildungseinrichtungen in diesem Land besuchen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Modell „Kernzeit Plus“ teilte in Ansätzen diese drei positiven Grundideen der Grünen, aber die große Koalition konnte eine echte Reform nicht umsetzen und hat das Modell in den Sand ge-

setzt. Warum? Erstens, weil zum einen die Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben, als das Projekt starten sollte! Durch die Umsetzung des Wibera-Gutachtens ist der Personalschlüssel in den Kindergärten noch weiter abgesenkt worden. Wir haben uns vor vier Jahren schon im unteren Drittel im Bundesgebiet befunden beim Personalschlüssel, und ich denke, wir sind auch noch weiter abgesackt. Nach fast acht Jahren großer Koalition sind die Rahmenbedingungen im vorschulischen Bereich in Bremen denkbar mies.

Aber Kernzeit Plus hat auch nicht geklappt, weil Sie schlichtweg von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind, und zwar hat die große Koalition gesagt, Kernzeit Plus können wir innerhalb unseres Budgets umsetzen, innerhalb des Senatorenbudgets, ohne mehr Geld einzusetzen. Das war eine charmante Idee, Herr Pietrzok, sie war vielleicht auch ziemlich illusorisch. Die Idee, dabei zu sparen - das kam ja auch von der CDU auf, dass man sagte, man könnte vielleicht auch etwas dabei sparen -, halte ich für illusorisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Kindergartenmodell „Kernzeit Plus“ der großen Koalition ist schlichtweg gescheitert, weil es die Tatsache verleugnet hat, dass wir mehr Personal in den Kindergärten benötigen. Wir Grünen haben immer gesagt, mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten geht nicht ohne die Erhöhung des Personalschlüssels.

Kernzeit Plus ist gescheitert, weil der Senat, um eine bessere Personalausstattung am Vormittag zu erreichen, bei den Integrations- und Förderangeboten sparen wollte, und diese Bedenken hat auch die große Koalition nie ausräumen können. Wir Grünen haben gesagt, das ist sozial unausgewogen, und es ist rechtswidrig, da es sich um gesetzlich verbrieftete Rechtsansprüche handelt, mit denen man nicht einfach beliebig jonglieren kann. Die Integration in Bremen, die in den Kindergärten stattfindet, ist ein Pfund, mit dem wir bundesweit wuchern sollten, und wir sollten sie nicht schwächen, sondern sie fortführen und weiterhin stärken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Flexiblere Angebotsformen sind sinnvoll, aber sie dürfen nicht zu Lasten, und da teilen wir ausdrücklich das, was Herr Pietrzok gesagt hat, von Behinderten und sozial Benachteiligten umgesetzt werden. Aber Kernzeit Plus ist auch gescheitert,

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

weil es eben keine echte Beitragsfreiheit war, Frau Striezel, sondern die Beitragsfreiheit hätte dadurch finanziert werden sollen, dass Eltern Stunden am Nachmittag, die sie benötigen durch Berufstätigkeit, eben zusätzlich hätten bezahlen müssen. Die Gefahr, dass gerade sozial benachteiligte Kinder damit ausgegrenzt werden würden, die konnte Kernzeit Plus eben auch nicht ausräumen. Da sind eben auch die Beschäftigten in den Kindergärten Sturm gelaufen, weil sie wissen, dass in Bremen über 18.000 Kinder von Sozialhilfe abhängig sind, und dass wir ein riesengroßes Problem in dieser Stadt haben mit sozial benachteiligten Kindern, die wir gerade in den Kindergärten stärker fördern müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen sind konsequenter als die große Koalition und fordern eine echte Beitragsfreiheit, denn es ist einfach ein Ammenmärchen, dass eine echte Reform in den Kindergärten ohne mehr Geld und ohne mehr Personal zu bewerkstelligen ist. Wenn ich jetzt in das Wahlprogramm der SPD schaue, dann freue ich mich auch, dass sich diese Erkenntnis dort langsam in diesen Kreisen des Hauses durchsetzt. Wir plädieren dafür, dass Sie ehrlicher mit sich selbst sind in dieser Frage!

Es gibt einen Systemfehler im Bildungssystem. Das Geld für eine Reform ist da, aber es ist falsch bei uns verteilt. Am wenigsten Geld wird im Augenblick in den Kindergärten ausgegeben. Je älter die Kinder werden, desto mehr Geld wird im Bremer Bildungssystem für die Kinder ausgegeben, und ich denke, die Reise der Bildungsdeputation hat auch noch einmal deutlich gezeigt, was den Erfolg der skandinavischen Länder im Bildungssystem ausmacht, nämlich dass gerade am Anfang geklotzt wird und nicht gekleckert, dass derjenige, der früh fördert, auch später erfolgreiche Schüler im Bildungssystem haben wird, die dann auch mit weniger Mitteln auskommen, weil sie gelernt haben, selbst zu lernen, weil sie am Anfang gut gefördert worden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen fordern, diesen Systemfehler, so kann man es nennen, im Erziehungs- und Bildungswesen umzukehren und das Geld umzuschaukeln!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kernzeit Plus hatte interessante Ansätze, war ein modern verpacktes Kindergartensparmodell, aber kein Innovationsmodell, und ich finde es auch ziemlich scheinheilig, dass die CDU heute hier diesem Modell hinterherweint. Frau Striezel, was mich be-

sonders ärgert, ist, dass Sie sagen, es sind hier 357 Ganztagsplätze abgebaut worden. Das haben Sie doch auf dieser Seite des Hauses mit beschlossen, gemeinsam mit der SPD. Den Abbau von 500 Ganztagsplätzen und die Verlängerung der Schließzeiten haben Sie als Regierung zu verantworten, und diese Verantwortung sollten Sie auch annehmen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kindergärten brauchen keine Unternehmensberater, sondern sie brauchen Bildungsberater. Wir haben vor drei Jahren bereits gesagt, wer eine soziale Dienstleistung wie die Kindergärten entwickeln will, muss eine Elternbefragung machen. Das haben wir in der Sozialdeputation beschlossen. Wir halten das auch für den richtigen Weg, die Kunden zu befragen und zu schauen, wie muss das Angebot aussehen, wie müssen wir das Geld, das wir haben, einsetzen, und wie viel Geld brauchen wir zusätzlich, um den Elternbedarfen und auch den Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Karin Röpke als Senatorin ernst nehmen. Sie hat nämlich gestern gesagt, wir müssen die Kinder in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das finde ich eine sehr gute Aussage, das hat auch den Anwesenden gestern gut gefallen. Aber ich glaube, auch im achten Jahr ihrer Regierung, das jetzt angefangen hat oder gerade läuft, wird die große Koalition Probleme haben, diese Politik, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen, umzusetzen, denn im Senat ist der Pisa-Nachtragshaushalt verhandelt worden. Am 15. Dezember ist Kassenschluss, das heißt, da habe ich mich bei den Haushaltern informiert, in diesem Jahr gibt es kein zusätzliches Geld für die Kindergärten. Das halten wir für bedauerlich.

Wenn Sie Ernst machen wollen mit dieser Aussage, dass Kinder in den Mittelpunkt der Politik in Bremen gehören und dass die Kindergärten gestärkt werden, und wenn man das ernst nimmt, was gestern auf der Bildungstagung gesagt worden ist in der Bremischen Bürgerschaft, dann haben wir hier noch einiges zu tun. Dazu gehört der politische Wille, umzuverteilen im Bildungssystem, und es gehört auch der politische Wille dazu, mehr zu tun für die elementare Erziehung und endlich dieses Ressort- und Schachteldenken aufzugeben. Wir haben den politischen Willen da-

zu, den Kindergarten zu stärken. Wenn Sie uns in dieser Frage folgen würden, würden wir uns darüber freuen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind hier ja immer sehr schnell mit dem Ausdruck scheinheilig. Ich finde das gerade in diesem Bereich wirklich nicht angebracht. Letzten Endes wissen wir alle, wenn wir in den Fachgremien zusammensitzen, dass wir nicht sehr weit auseinander sind, dass mindestens die Jugendpolitiker ganz einig sind, dass wir im vorschulischen Bereich eine Menge verändern wollen, dass wir eine Menge tun wollen.

Wir haben gestern gehört, und das fand ich richtig, in der reinen Betreuung sind wir Meister, das ist nicht das Problem. Im Bildungsbereich in der Vorschule haben wir Nachholbedarfe, das hat uns Pisa noch einmal gezeigt, so dass wir, glaube ich, ein bisschen vorsichtig sein sollten mit den gegenseitigen Titulierungen in den Debatten.

Die CDU wollte bei den Kindergärten nie sparen. Ich weiß nicht, wo Sie das gehört haben, aber ich habe das nie irgendwo gesagt!

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Dazu stehe ich auch! Wir haben nur gesagt, wir wollen mit dem Geld - Frau Stahmann, einfach zuhören! -, das wir haben, so viel Kindergartenarbeit wie möglich organisieren und erst dann, wenn wir das erreicht haben, schauen, ob wir damit auskommen oder ob wir mehr brauchen. Inzwischen ist die Zeit weitergegangen, und das ist auch in Ordnung.

Ich will jetzt sagen, was wir wollen! Frau Stahmann hat das schon gesagt, bei der SPD war das noch etwas dürrtig, aber das entwickelt sich ja auch. Wir haben also inzwischen eine ausreichende Anzahl von Kindergartenplätzen, und wir haben festzustellen, das habe ich vorhin noch einmal an einigen Beispielen deutlich gemacht, dass wir noch nicht, was die Betreuungszeiten angeht, dem Bedarf der Eltern entsprechen. Die Einteilung in halbtags acht bis zwölf, Teilzeit acht bis 14, ganztags acht bis 16 Uhr ist zu starr und zu unflexibel und kommt den berufstätigen Eltern sehr häufig nicht entgegen, sondern macht ihnen Riesenprobleme. Ich brauche diese Debatte nicht noch einmal wieder aufzunehmen, wir haben das schon öfter hier beraten.

Weiterhin lässt sich durch die am Stadtteil beziehungsweise an der Einrichtung orientierte Planung nicht verhindern, dass ein Betreuungsangebot besteht, das über den in der konkreten Einrichtung oder bei dem jeweils betreuten Kind bestehenden Bedarf hinausgeht. Herr Pietrzok hat in einigen vorsichtigen Beispielen darauf hingewiesen. Wir bohren dieses Loch schon seit Jahren, und wenn das als Erfolg zu werten ist, dass wir da jetzt eine Befragung der Eltern haben, dann haben wir gesagt, soll das in Gottes Namen so geschehen.

Wir haben genug Anzeichen und Fakten gehabt, um zu wissen, dass das passiert und dass da Geld unnütz ausgegeben wird. Deswegen haben wir gesagt, da muss gesteuert werden, und dann kommt man da auch zu einer anderen Ressourcenverteilung. So wird nach außen ein Betreuungsbedarf erzeugt, der tatsächlich nicht besteht. Grund dafür ist, dass die Bewilligung eines Platzes an der vorhandenen Struktur ausgerichtet wird und nicht ausschließlich am Bedarf der Erziehungsberechtigten.

Ein weiterer Punkt: Nicht zuletzt regelt das KJHG mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Paragraph 5, auch ein Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, in welcher Einrichtung ihr Kind betreut werden soll. Dieses Recht wollen wir als CDU stärken. Die Qualitätsanforderungen an die Kinderbetreuung steigen, das haben wir in den letzten Debatten wiederholt festgestellt. Sprachförderung, Computer, Natur, Wohnumfeld, alles das sind wichtige Bestandteile, die im vorschulischen Bereich gelernt werden sollen, und wenn bei einer Erzieherin für 20 Kinder dann außer Betreuung auch noch Bildung passieren soll, halten wir das für nicht machbar. Auch das ist nicht neu, aber wir müssen deswegen die Ressourcen umsteuern.

Übrigens, gestern konnten wir erfahren, dass vorschulische Arbeit mit Kindern in anderen Ländern anders ist, aber ob sie deswegen besser ist? Wenn in den Niederlanden 25 Kinder von einer Lehrerin betreut werden, wenn die Kinder vier bis sechs Jahre alt sind, dann weiß ich nicht, ob das unbedingt besser ist. Deswegen müssen wir auch immer sehr genau hinschauen, was dahinter wirklich steckt.

Wir als CDU wollen dort zu Veränderungen kommen. Wir reden in Bremen davon, von einem bevormundenden Staat wegzukommen hin zu einem aktivierenden Staat. Das wird in vielen Feldern diskutiert. Im Kindergartenbereich sehe ich davon leider noch wenig, aber wir sagen, wir müssen die Menschen genau dort aktivieren und unterstützen, wo ihre unmittelbare Selbstverwirklichung und

Selbstverantwortung beginnt, und das ist und bleibt für uns die Familie.

Wir wollen die Wahlfreiheit von Familien durch familienpolitische Rahmenvorgaben unterstützen, damit der Kinderwunsch überhaupt realisiert wird. Alle reden davon, keiner tut etwas dafür. Wir wollen die Eigenverantwortung der Familien stärken durch den Erziehungsbildungsgutschein und ihnen die jeweils notwendigen Hilfen beim Heranwachsen ihrer Kinder zur Verfügung stellen.

Durch die Pisa-Studie ist uns noch einmal klar geworden, dass wir die Kinder aus den unterschiedlichen Herkunftsfamilien so umfassend wie möglich auf die Grundschule, ohne Lerninhalte vorwegzunehmen, und auf das Leben vorzubereiten haben. Unsere Kinder müssen sich nämlich einmal als Arbeitnehmer in einem zusammenwachsenden Europa mit Arbeitnehmern aus Paris, aus Stockholm und aus London um einen Arbeitsplatz streiten und mit ihnen messen, und wir wollen doch, dass sie eine Chance haben.

Was bedeutet das für die außerhäusliche Kinderbetreuung? Die Eltern entscheiden, wann, wie und wo ihre Kinder einen Kindergarten besuchen sollen, und, Frau Stahmann, das verwechseln Sie, wir haben Kernzeit Plus nie als Idee gehabt, sondern wir haben versucht, das über die Kita-Card zu steuern. Wenn Sie sich erinnern, daraus hat dann die Verwaltung Kernzeit Plus gemacht mit den entsprechenden Änderungen.

Herr Pietrzok, wenn Sie versuchen, mich zu vereinnahmen nach dem Motto, das haben Sie doch auch gewollt: Wir haben das nicht gewollt, sondern wir mussten uns immer einigen, und das war der kleinste gemeinsame Nenner, das wollen wir doch nicht ganz vergessen.

Ich habe die Kita-Card das erste Mal im Sommer 2000 vorgestellt, wir sind jetzt schon über den Sommer 2002 hinweg. Also über zwei Jahre sind dort schon verstrichen, ohne dass sich tatsächlich qualitativ etwas für die Eltern verbessert hat. Durch die Umstellung, die wir wollen, von der Objektfinanzierung hin zur Subjektfinanzierung werden die Eltern in ihren Rechten gestärkt, und sie können ihre Wünsche und Bedürfnisse besser realisieren. Zitat aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz: „Die Aufgabe umfasst die Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes. Das Leistungsangebot soll sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren.“ Wir wollen deshalb, dass die Einrichtungsträger, die Mitarbeiterinnen und die Eltern zum Wohle des Kindes, aber auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten.

Ich finde es beschämend, meine Damen und Herren, wenn wir auf einer Veranstaltung „Bremen 2030“ hören, dass die Kindergartenleiterin sagt, es muss aufhören, dass die Eltern als Bittsteller in die Einrichtung kommen. Das ist genau das, was wir immer wieder gesagt haben. Wir wollen die gleiche Augenhöhe und nicht, dass die Eltern unter der Tür durchkriechen müssen nach dem Motto „Bitte, bitte, darf ich einen Platz haben, darf ich ein bisschen mitreden, was hier im Kindergarten passieren soll“. Nein! So geht es nicht, sondern miteinander wird daraus ein vernünftiges Team!

Wir wollen die Angebotsvielfalt der verschiedenen Träger fördern und stärken, und das für das Kind am besten geeignete pädagogische Konzept soll für die Eltern anwählbar sein. Das entscheiden die Eltern. Die Eltern haben die Erziehungsverantwortung, und wir wollen sie ihnen auch nicht in irgendeiner Form abhandeln.

Dafür brauchen wir eine entsprechende personelle Ausstattung und einen niedrighschwelligen Zugang für alle Kinder mit Rechtsanspruch. Deshalb wollen wir vier bis fünf Stunden für alle Kinder beitragsfrei, Frau Stahmann, das ist überhaupt keine Frage, das war unsere Forderung aus dem Jahr 2000. Wir freuen uns, dass Sie auf den Zug aufgesprungen sind, und hoffen, dass die SPD auch noch zusteigt, dann können wir diesen Zug vielleicht in Bewegung setzen. Da kann uns die Kita-Card sicherlich gute Dienste leisten.

Zusätzliche Betreuungszeit kann individuell in der Betreuungseinrichtung vereinbart werden, dafür wird es eine Kostenbeteiligung geben müssen, das ist überhaupt keine Frage, aber dafür brauchen wir erst einmal eine einheitliche Platzpaulschale.

Im Rahmen der Erziehungshilfe kann über das Jugendamt ebenfalls eine zusätzliche Betreuung notwendig werden, so dass die von Ihnen immer beklagten sozial Benachteiligten selbstverständlich auch ihren Zugang dort organisieren können. Einheitliche Platzkosten reduzieren den Verwaltungsaufwand, ein ausdifferenziertes Angebot im Stadtteil und eine verstärkte Kooperation von Einrichtungen unterschiedlicher Träger - das war jetzt Bestandteil unserer Großen Anfrage - erleichtern den Familien die Wahl der für sie richtigen Tagesstätte. Die ersten Schritte sind mit der Anmeldekarte und den damit verbundenen Informationen über Einrichtungen im Stadtteil gemacht und, wie man hört, ja auch erfolgreich.

Meine Damen und Herren, zwischen den Kindertagesstätten kann es einen Wettbewerb um Leistung und Qualität geben - und das ist das, was wir

damit erreichen möchten -, der Anlass einer verstärkten Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und den Wünschen der Eltern ist. Das ist unser ursprünglicher Gedanke, das muss immer die Ausgangsposition sein, was ist gut für Kinder, was ist gut für die Eltern, und das sollen die Einrichtungen im Wettbewerb miteinander erreichen. Eltern werden sich in Zukunft vermehrt nicht nur mehr für den Kindergarten in räumlicher Nähe zur Wohnung oder zum Arbeitsplatz entscheiden, sondern auch pädagogische Konzepte, Service und Flexibilität der Einrichtungen als Auswahlkriterien einbeziehen.

Im Fordergrund wird dabei zweifellos stehen, dass die Kinder qualitativ hochwertig betreut werden. Es ist dann Aufgabe der Einrichtungen, diesem Anspruch nachzukommen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, ihre Kunden zu verlieren. Ich sagte ausdrücklich Kunden, weil wir ja Gott sei Dank inzwischen ein reichhaltiges Angebot haben. Nicht belegte Plätze werden in Zukunft nicht mehr von der Kommune finanziert, sondern verbleiben im Risikobereich des Trägers. Das war vielleicht ein wichtiger Hinweis für die Haushälter.

Wir haben uns eine Menge überlegt zu diesem Teil, damit es eine vernünftige veränderte Angebotsstruktur gibt. Die Bremer Kids haben weitere Lücken geschlossen, die bei Eltern entstehen. Meine Damen und Herren, lassen wir den Einrichtungen mehr Freiheit, mehr Selbständigkeit, mehr betriebswirtschaftliche Eigenständigkeit, und helfen wir den Eltern, ihren Erziehungsauftrag gemeinsam mit den Kindergärten besser zu erfüllen, denn nur ein guter Kindergarten ist gut für Kinder und Eltern! Auch das haben wir gestern Nachmittag hier noch einmal gehört. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was in der Vergangenheit gelaufen ist, nicht so viel sagen, weil ich dazu auch nicht viel beitragen kann. Ich habe das selbst nicht miterlebt, ich habe das nur von außen verfolgt und habe wahrgenommen, dass es ausgesprochen schwierige Diskussionen gegeben hat, wenn ich bei dem Modellprojekt, das in Angriff genommen werden sollte für dieses Kindergartenjahr 2002/03, „Kernzeit Plus“, bin.

Es gab ausgesprochen schwierige Diskussionen, so habe ich das verfolgt, und es ist nicht gelungen, einen Konsens zu finden. Wenn es nicht gelingt, einen übergreifenden Konsens zu finden, dann macht es auch keinen Sinn, ein solches Modellprojekt in die Welt zu setzen. Man braucht dazu die Akteure, die es mittragen. Das habe ich damals wahrgenommen, das ist nicht gelungen, und deswegen ist es gescheitert.

Es hat im Übrigen nach dem die Wibera-Gutachten, liebe Frau Striezel, Senatsbeschlüsse gegeben in Umsetzung des Wibera-Gutachtens, die auch meines Wissens von Ihrer Fraktion mitgetragen worden sind.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Die nicht umgesetzt worden sind von Ihnen!)

Das zu dem anderen Komplex! Ich habe das alles nur nachgelesen und habe festgestellt, dass das entsprechend dann auch Konsens in der Koalition war. So viel zum Thema Vergangenheit!

Wo stehen wir jetzt? Wir haben, denke ich, in Bremen eine Situation, die nicht zufriedenstellend ist, da sind wir uns alle einig, das haben wir gestern auch nach der sehr guten Veranstaltung einmal wieder feststellen können. Aber wir brauchen uns auch nicht zu verstecken. Wir haben eine gute Angebotsstruktur für die Drei- bis Sechsjährigen, wir haben Kindergärten fast überall in der Nachbarschaft, in den Stadtteilen, die fußläufig zu erreichen sind. Wir haben ein gutes Integrationsangebot, wir haben eine unglaubliche Trägervielfalt, eine bunte Vielfalt von auch verschiedenen Profilen, die sich ergänzen.

Da kann man es gut finden, dass die im Wettbewerb stehen, aber ich finde es auch gut, wenn sie miteinander arbeiten, und Sie haben ja an anderer Stelle auch eingefordert eine Kooperation der Träger, an der wir weiter gemeinsam arbeiten müssen. Die können wir nur nicht aufoktroyieren, sondern die muss sich entwickeln. Ich denke, dass es durch das Projekt Pro-Platz-Pauschale einen Schub geben wird, weil die Träger dann gezwungen sein werden, miteinander umzugehen und miteinander Synergieeffekte zu entdecken und zu entwickeln.

Also, da bin ich ganz optimistisch, nur, wie gesagt, das können wir nicht von oben verordnen, das wollen wir auch nicht von oben verordnen, sondern die Träger sollen sich entfalten und sich ihre eigenen Gedanken machen, auch ihre eigenen Gedanken zu den Angeboten, die sie entwickeln,

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

und das läuft ja auch gut. Es gibt unglaublich viele verschiedene Angebote von den Trägern, die jeweils ihre Stärken entdecken. Dieses Angebot wird von den Eltern auch geschätzt.

Wo wir ein richtiges Defizit haben, ist in der Tat die Frage der Betreuungszeiten. Daran arbeiten wir aber auch, und es geht darum herauszubekommen, was ist das optimale Angebot, dass sich möglichst viele Eltern auch wiederfinden bei dem, was sie erwarten. Das betrifft insbesondere die Frauen, die berufstätig sein wollen, unter der großen Überschrift „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Da sind wir uns alle einig, da müssen wir auf jeden Fall besser werden, und wir müssen herausbekommen, was denn tatsächlich das Bedürfnis ist. Deswegen, liebe Frau Striezel, ist Ihre Große Anfrage einfach zu früh. Sie ist zu früh, weil Sie genau wissen, wie der Prozess der Verabredung läuft, den wir gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und mit der Deputation beschlossen haben.

Wir sind gerade mitten in diesem wissenschaftlichen Prozess herauszufinden, wo die Bedürfnisse liegen, wo das Nachfragepotential der Eltern liegt, insbesondere der Mütter. Zurzeit läuft die repräsentative Umfrage, die wir gemeinsam im Übrigen in Auftrag gegeben haben. Es werden zurzeit gerade Eltern abgefragt. Es ist in einem, finde ich, sehr fundierten Prozess gemeinsam auch mit den Elternvertretern der KTH ein Fragebogen entwickelt worden, der möglichst umfassend die entsprechenden Bedürfnislagen erfragen soll, und wir werden dann gemeinsam auswerten, was dabei herauskommt, und unsere Schlüsse daraus ziehen.

Aber das, wie gesagt, läuft jetzt, und die Umfrage wird mit den Ergebnissen im Dezember auf dem Tisch liegen. Dann werden wir uns gemeinsam anschauen, was dabei herausgekommen ist und wie wir politisch, inhaltlich und fachlich die entsprechenden Erkenntnisse umsetzen, welche Schlüsse wir daraus ziehen und was konkret daraus folgen muss.

Wie gesagt, es ist jetzt zu früh. Deswegen kann ich das auch nachvollziehen, dass Sie sagen, die Antwort ist an der Stelle zu dünn. Sie kann gar nicht anders sein, weil wir noch nicht so weit sind.

Das andere Projekt, das parallel läuft, das haben Sie auch angesprochen, „Bremen 2030“, ist eben auch noch nicht so weit, dass wir jetzt sagen können, das sind die Ergebnisse. Sie werden in den nächsten Tagen einen Ergebnisband von 2030 vorgelegt bekommen, das resultiert aus den Workshops, die durchgeführt worden sind mit Trägern, mit Eltern, mit Beschäftigten, also un-

fangreiche Beteiligungsprozesse, die dort geführt worden sind, und diese Ergebnisse werden wir gemeinsam mit Ihnen und einer breiteren Öffentlichkeit erörtern. Ich wünsche mir sehr, dass es gelingen wird, aus diesem Projekt 2030 und Ober- vieland, an dem sich, wie Sie ja wissen, elf KTH beteiligt haben, Modellprojekte ganz konkret auf den Weg zu bringen, um da auch dann vor Ort Erfahrungen zu sammeln.

Ich teile im Übrigen Ihre Einschätzung, es liegt mir sehr am Herzen, dass wir die Eigenständigkeit und die Verantwortlichkeit der Kindertageseinrichtungen stärken, dass wir sie vor Ort in die Autonomie bringen und dass wir die Potentiale, die in den KTH bestehen, nutzen. Die Menschen, die dort arbeiten, wissen doch am besten, wie die Bedürfnislage ist.

Da wird auch schon sehr viel flexibler gehandelt, als wir das formal vorgegeben haben. Da werden schon Absprachen getroffen mit den Eltern, und deswegen kommt die Situation zustande, dass sich manchmal Eltern als Bittsteller empfinden, weil sie über das hinaus, was formal vorgegeben ist, darum bitten müssen, mit den KTH-Leiterinnen oder den Erzieherinnen Absprachen zu treffen. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen, dass die Eltern in eine Situation kommen, wo sie ihr Recht wahrnehmen, ihre Ansprüche auch einfordern zu können, und deswegen arbeiten wir genau an diesem Punkt Flexibilisierung.

Ich wünsche mir auch, dass wir die Potentiale, die vor Ort da sind, das hat auch 2030 noch einmal gezeigt, stärker nutzen, was Kooperation mit benachbarten Einrichtungen betrifft, dass wir stärker zu Vernetzungen kommen, dass wir Altenheime, Sportvereine, Schulen oder auch Unternehmen mit einbeziehen. Das war im Übrigen ja auch ein Ergebnis der Diskussion von gestern, dass es in die Richtung von Vernetzung gehen muss und wir von diesen vereinzelten Angeboten wegkommen müssen. Deswegen, denke ich, muss das auch eine Zielrichtung sein, in die wir gehen müssen.

Ich möchte aber auch, wenn wir über Flexibilität reden, davor warnen, dass wir das Kind mit dem Bade ausschütten. Da möchte ich gern das Beispiel aufgreifen, Frau Striezel, das Sie eingangs gebracht haben. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass ein Kind, weil die Mutter Flugbegleiterin ist, eine Woche in den Kindergarten kommt, die nächste Woche dann zu Hause bleibt und dann wieder in den Kindergarten kommt, weil das mit dem Bildungsauftrag des Kindergartens, an dem wir ja nun gerade gemeinsam arbeiten,

(Beifall bei der SPD)

aus meiner Sicht nicht verantwortbar hinzunehmen ist, weil dieses Kind in einer Bezugsgruppe sein muss mit Kindern, die ihm vertraut sind, spielen muss und in den Lern- und Entwicklungsprozess ja einbezogen ist. Deswegen macht es aus meiner Sicht keinen Sinn, dieses Kind wieder herauszureißen für eine Woche.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Frau Senatorin, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senatorin Röpke: Ja, gern!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Frau Senatorin, ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, ich habe nicht gesagt, dass ich dafür bin, dass das Kind so betreut wird, eine Woche betreut, eine Woche nicht, sondern das ist die Arbeitssituation der Mutter. Ich habe gesagt, sie könnte in dieser Woche ihr Kind selbst betreuen. Nur, dass Sie das nicht falsch verstehen! Der Bildungsauftrag ist mir genauso wichtig wie Ihnen!

Senatorin Röpke: Gut, das höre ich sehr gern! Dann sind wir uns einig, dann hatte ich das vorhin falsch interpretiert. Aber es gibt ja solche Wünsche, die kennen Sie ja auch, es gibt die Wünsche, auch hier schon vorgetragen von Eltern, das Kind zwei oder drei Tage in die Gruppe zu geben und dann, wenn die Eltern zu Hause sind, es wieder herauszunehmen. Es gibt die unterschiedlichsten Wünsche, und ich denke, da müssen wir sehr genau darauf achten, dass wir einerseits den Bedürfnissen der Eltern entgegenkommen, wenn es nötig und richtig ist, aber auf der anderen Seite eben auch das Interesse des Kindes berücksichtigen und da insbesondere den Bildungsauftrag im Mittelpunkt haben. Das muss man sehr genau austarieren, und es muss allen klar sein, alle Wünsche der Eltern, die es gibt, werden wir sowieso nicht erfüllen können, egal, wie flexibel wir sind. Das ist nicht zu bewerkstelligen, das muss allen klar sein, und das ist auch allen klar.

Wir brauchen also ein effizientes und bedarfsgerechtes Bildungsangebot im Elementarbereich, das einerseits an den Eltern ausgerichtet ist, aber eben andererseits auch als Bildungseinrichtung funktioniert und die Kontinuität von Elementar- und Primarbereich als erste Stufe gemeinsam mit einbezieht. Das ist hier auch angesprochen worden, da bin ich auch sehr dafür, dass wir das stärker zusammenführen, als das in der Vergangenheit war. Wir sind da mit dem Bildungsressort sehr eng dabei, und wir müssen diese beiden Bereiche

sehr viel stärker noch abstimmen, als das in der Vergangenheit geschehen ist.

Das ist ein Baustein, den wir uns vorgenommen haben, an dem wir jetzt gezielt arbeiten, und das muss auch Auswirkungen haben zum Beispiel auf die Betreuungszeiten. Wenn ich an die Geschwisterkinder denke, ist es sehr wichtig, dass die Verlässlichkeit der Betreuungszeiten für die Eltern gegeben ist, dass man sich zum Beispiel da auch an den Betreuungszeiten der verlässlichen Grundschule orientiert. Das könnte ein Ergebnis unserer Frage sein, wie können wir flexibler und betreuungsorientierter für die Eltern agieren.

Frau Stahmann hat es so schön gesagt, Kinder müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Davon bin auch ich fest überzeugt. Ich freue mich auch, dass ich da nicht allein stehe, weil ich weiß, dass alle Jugendpolitiker dieses gleiche Ziel haben. Wir haben in den Gremien, im Jugendhilfeausschuss, in der Deputation und auch hier in der Bürgerschaft und in diversen Veranstaltungen uns entsprechend ausgetauscht. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir das auch schaffen, in der Zukunft dieses Politikfeld Kinder- und Jugendpolitik sehr viel stärker in den Mittelpunkt zu rücken, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wir müssen da umsteuern, da hilft uns Pisa.

Es ist keine Frage, es gibt noch unglaublich viel zu tun, es ist angesprochen worden: Wie gehen wir mit den Gebühren um, wie gehen wir mit einer besseren Personalausstattung in den Kindergärten um, wie gehen wir damit um, wenn wir die Betreuungszeiten ausweiten müssen? Das wird aus meiner Sicht, ein ganz klar erkennbarer Trend sein. Das sind alles Fragen, die wir nicht lösen können, wenn wir nicht das entsprechende Geld bereitstellen, und das ist eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen in der Zukunft. Aber ich bin mir sicher, dass mittlerweile ein Umdenken in der gesamten Gesellschaft im Gange ist, was den Kindern letztlich zugute kommt. Dafür sollten wir in den nächsten Jahren gemeinsam arbeiten. Es wird ein harter Weg, aber es lohnt sich. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/633 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

**Bebauungsplan 2266 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Niedervieland
für einen Teil des Vorfluters nördlich des Gü-
terverkehrszentrums**

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002
(Drucksache 15/635 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen
nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2266 mit Deckblatt be-
schließen möchte, den bitte ich um das Handzei-
chen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 51
vom 29. Oktober 2002**
(Drucksache 15/636 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfoh-
lenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das
Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt
entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der
Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen guten
Heimweg. Wir sehen uns morgen früh um 10.00
Uhr zur Landtagssitzung wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 15.46 Uhr)